

ZUKUNFT 04

2010

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

»Frieden ist nicht alles, aber
ohne Frieden ist alles nichts.«
Egon Bahr

Sozialdemokratische Politik
in Zeiten der Krise
Ulrich Brand

Die Erben - eine
geschützte Minderheit
Martin Schürz

Die Transferkonto-
debatte
Christopher Berka



4,50 Euro P.b.b. GZ 02Z033338 M, Verlagspostamt 1010 Wien, Nr. 04

BUNDESPRÄSIDENT
HEINZ FISCHER
ON TOUR

PLUS AKZENTE.

Editorial



FOTO: INGO PERTRAMER

Nach dem enttäuschenden Ergebnis bei den Gemeinderatswahlen in Tirol, Niederösterreich und der Steiermark stellt der nächste anstehende Wahlgang am 25. April eine umso größere Herausforderung für die Sozialdemokratie dar: Denn bei der Präsidentschaftswahl geht es nicht nur darum den amtierende Bundespräsident als überparteilichen Kandidaten in seinem Amt zu bestätigen. Es geht vor allem auch darum, demokratische Gesinnung und die Ablehnung von Rechtsextremismus mit einem möglichst guten Ergebnis für Heinz Fischer unter Beweis zu stellen.

Dass manche anderen Parteien diese Wahlen für etwas ganz anderes nutzen, ist für **Ludwig Dvořak** eine der wichtigsten Neuigkeiten der letzten Wochen: Er analysiert das Verhalten der **ÖVP** im Kontext ihrer »**Weiß-wählen**«-Appelle und ihrer **Frontalattacke gegen den ORF im Dienste Heinz-Christian Straches**. Die SPÖ sei gut beraten, dieses Verhalten als das zu deuten, was es ist: Als Annäherung an einen künftigen Koalitionspartner.

In seiner Kolumne »**Fragen über Fragen**« greift **Caspar Einem** durchaus (selbst-)kritisch Probleme auf, die der »**Bologna-Prozesses**« für Studierende und den tertiären Bildungssektor insgesamt mit sich bringt.

Die anstehende Budgetkonsolidierung ist in aller Munde, aber noch ist nicht ganz klar, wer die zusätzlich geplanten Einnahmen aufzubringen haben wird und vor allem, wen die vorgesehenen Budgetkürzungen konkret treffen werden. Im Schwerpunkt dieses Heftes greifen zwei Autoren wesentliche Aspekte dieser Debatte auf:

Martin Schürz hält ein Plädoyer dafür, die oft verfeimte **Erbschaftssteuer** auf die politische Tagesordnung zu setzen und bringt zehn Argumente für diese Form der Besteuerung als Alternative zu anderen budgetären Grausamkeiten.

Christopher Berka wiederum greift die von der ÖVP losgetretene **Transferkonto-Debatte** auf und untersucht

deren Grundlage. Dabei zeigt sich, dass die vielzitierte **Bretenthaler-Studie** vor methodischen und inhaltlichen Fehlern nur so strotzt und vor allem einem dient: der Stimmungsmache zur Legitimation eines weitergehenden Sozialabbaus.

Eine besondere Zierde dieser Ausgabe stellt der **Beitrag von Egon Bahr** dar, der im März in Wien zu Gast war und dessen Vortrag wir in überarbeiteter Form in diesem Heft präsentieren.

Einen Überblick über aktuelle Debatten und politische Risiken der **deutschen Linkspartei** nach dem bevorstehenden Abgang von Oskar Lafontaine liefert **Ludwig Dvořak**.

Ulrich Brand widmet sich in seinem Beitrag wiederum im Rahmen der Rubrik »Sozialdemokratie mit Zukunft« den **Aufgaben und Herausforderungen der SPÖ in Zeiten der multiplen Krise**. Der Beitrag ist in einer stark gekürzten Fassung in der Tageszeitung »Der Standard« erschienen.

In ihrer Literaturbesprechung zum **Werk von Sue Townsend** stimmt **Elisabeth Felbermair** schon auf die britischen Unterhauswahlen ein, die voraussichtlich Anfang Mai stattfinden.

Nach einer Besprechung des neu erschienenen **BEIGE-WUM-Buchs »Mythen der Krise«** und den weiteren Büchertipps rundet **Markus Marterbauer** diese Ausgabe mit seinem **ökonomischen Schlusswort** ab.

Wir wünschen gute Unterhaltung mit der April-Ausgabe der ZUKUNFT!

Viel Freude beim Lesen und Schauen!



BUNDESPRÄSIDENT HEINZ FISCHER ON TOUR

FOTO: INGO PERTRAMER

Inhalt

- 7 **Das falsche Spiel der ÖVP**
Von Ludwig Dvořak
- 8 **It's Bologna, stupid?**
FRAGEN ÜBER FRAGEN von Caspar Einem
- 10 **BUNDESPRÄSIDENT HEINZ FISCHER ON TOUR**
- 12 **Die Transferkontodebatte**
Von Christopher Berka
- 18 **Die Erben - eine geschützte Minderheit**
Von Martin Schürz
- 24 **»Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.«**
Von Egon Bahr
- 27 **BUNDESPRÄSIDENT HEINZ FISCHER ON TOUR**
- 28 **Am Ende stand ein Programm?**
Von Ludwig Dvořak
- 34 **Sozialdemokratische Politik in Zeiten der Krise**
Von Ulrich Brand
- 42 **BUNDESPRÄSIDENT HEINZ FISCHER ON TOUR**
- 44 **Alltag auf der Insel**
Von Elisabeth Felbermair
- 46 **BUNDESPRÄSIDENT HEINZ FISCHER ON TOUR**
- 47 **Mythen der Krise**
Buchbesprechung
- 48 **Buchtipps**
Sachliches und Belletristisches
- 50 **Nach der Krise: Eine neue Industriepolitik**
SCHLUSSWORT von Markus Marterbauer

IMPRESSUM Herausgeber: Gesellschaft zur Herausgabe der sozialdemokratischen Zeitschrift »Zukunft«, 1014 Wien, Löwelstraße 18. **Verlag und Anzeigenannahme:** edition rot Buch & Zeitschriften Handels & Verlags GmbH, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Tel. 01/534 27 399, Fax DW 363, manfred.lang@spoe.at **Herausgeberbeirat:** Mag. Karl Duffek, Wien (Vorsitzender), René Cuperus, Amsterdam, Mag.ª Brigitte Ederer, Wien, Univ.-Prof. Dr. Michael Holoubek, Wien, Univ.-Prof. Dr. Thomas Meyer, Bonn, Giorgio Napolitano, Rom, Dr. Werner A. Perger, Berlin, Univ.-Doz. Dr. Wolfgang Schroeder, Frankfurt a. Main, Univ.-Prof. Dr. Ivan Szélenyi, New Haven, Univ.-Prof. Dr. Georg Votruba, Leipzig, Univ.-Prof.ª Dr.ª Ruth Wodak, Lancaster. **Chefredaktion:** Dr. Caspar Einem, Ludwig Dvořak (geschäftsführend). **Redaktion:** Mag. Georg Appl, Bernhard Bauer, Mag.ª Elisabeth Felbermair, DSA Senad Lacevic, Mag.ª Alexandra Pernkopf, Armin Puller, Mag. Dr. Michael Rosecker, Dr.ª Barbara Rosenberg, Mag. Franz Spitaler, Mag. Artur Streimelweger, Mag. Peter Walder **Art Direction:** Gábor Békési. **Druck:** Gutenberg Druck GmbH, 2700 Wiener Neustadt. **Coverfoto:** Ingo Pertramer

- 1) Kopf: Harte Konsequenzen, wenn auch nur Teile der Vorwürfe stimmen, Pressestelle des ÖVP-Parlamentsklubs, 19.3.2010, www.ots.at/presseaussendung/OTS_20100319_OTS0197/kopf-harte-konsequenzen-wenn-auch-nur-teile-der-vorwuerfe-stimmen
- 2) Andrea Schurian, Das Gegenteil von gut, Der Standard, 26.3.2010, derstandard.at/1269448216310/Bezahljournalismus-im-ORF-Das-Gegenteil-von-gut
- 3) Andreas Unterberger, Kollywood inszeniert unsere Realität, www.andreas-unterberger.at/2010/03/kollywood-inszeniert-unsere-realitat/

Wenn einige Printmedien weiterhin auf den ORF schießen, so drängt sich der Eindruck auf, dass dieser Anlass genutzt wird, um der medialen Trendsportart »ORF-Bashing« zu frönen. Dafür böten sich tagtäglich allerdings bessere Gelegenheiten.

DAS FALSCHES SPIEL DER ÖVP

Was aber motiviert die ÖVP, sich so klar auf freiheitlicher Seite zu positionieren? In den Medien wurde spekuliert, es handle sich um eine Revanche für die »rote Umfärbung« des ORF. Mag sein, dass die ÖVP es nicht verkraftet, dass Werner Faymann die Spielräume bei der Besetzung des Stiftungsrates teilweise genutzt hat, die Wolfgang Schüssel einst dem Kanzler eingeräumt hat. Grund hat sie dafür aber objektiv keinen: Zuletzt wurde Richard Grasl kaufmännischer Direktor des ORF, ein Mann, der seinen Job als Leiter des Landesstudios Niederösterreich zur vollsten Zufriedenheit des örtlichen Landeshauptmanns ausgeübt hat.

Das Agieren der Volkspartei muss auch rund um die Präsidentschaftswahl betrachtet werden: Einen eigenen Kandidaten wagte die ÖVP nicht aufzustellen. Von der offenherzigen Zurschaustellung ihrer Gesinnung durch FPÖ-Kandidatin Rosenkranz distanzierte sich die ÖVP-Spitze zwar verbal, vermied es aber peinlich, das zu tun, was die Pflicht jedes Demokraten und jeder Demokratin im Angesicht einer rechtsextremen Gegenkandidatin wäre: Eine Wahlempfehlung für Heinz Fischer abzugeben. Als die französischen SozialistInnen 2002 vor der undankbaren Aufgabe standen, in der Stichwahl zwischen dem rechtsextremen Jean-Marie Le Pen und dem korrupten Konservativen Jacques Chirac zu wählen, wäre jeder Führungsfunktionär mit nassen Fetzen davongejagt worden, der empfohlen hätte, »weiß« zu wählen. »Für die Korruption – gegen den Rassismus« bezog die Parti Socialiste Position, ohne den Eindruck zu erwecken, Chirac heiraten zu wollen. Warum ist etwas Ähnliches der ÖVP nicht möglich, zumal es sich bei Heinz Fischer um einen der untadeligsten Politiker dieser Republik handelt? Wieso signalisiert die ÖVP-Führung der

eigenen WählerInnenschaft mit ihrer Empfehlung zum Weißwählen, dass sie die Rosenkranz-Kandidatur billigt und eine Stimme für Rosenkranz genauso gut ist, wie eine für Fischer?

Es braucht eigentlich wenig Fantasie, um das unappetitliche Spiel der ÖVP zu durchschauen: Sowohl in der Causa ORF als auch in der Causa Rosenkranz geht es um politische Signalhandlungen. Strache soll verstehen, dass die ÖVP ihm beisteht, wenn es ernst wird. Das Herumeiern in der Präsidentschaftsfrage und die Aggression der ÖVP gegen den ORF sind also zwei Seiten derselben Medaille: der Werbung der ÖVP um einen künftigen Koalitionspartner FPÖ. Es entspricht dem Charakter der ÖVP, dass sie diese Brautwerbung in einer Art und Weise betreibt, die sie weder Geld noch Posten kostet –, sondern in erster Linie die Charakterfestigkeit der ÖVP-Spitze aufzeigt, wenn es um den Machtpoker geht.

Nach der »Einigung« des dritten Lagers zum Jahreswechsel signalisiert die ÖVP den Freiheitlichen nun, dass sie durchaus als mögliche Partner anerkannt werden. Für die SPÖ ist das einmal mehr ein Alarmsignal. Die Strategie, die Wahlgänge dieses Jahres mit Durchhalteparolen durchzutauchen und auf eine »Erholung« in der »wahlfreien Zeit« bis 2013 zu hoffen, ist trügerisch. Die Volkspartei trifft schon jetzt die Vorbereitungen, nach den anstehenden Sparpaketen mit einem anderen Koalitionspartner weiterzuregieren. Der Sozialdemokratie bleibt nicht mehr allzu viel Zeit, um ihr Profil gegenüber dem Koalitionspartner glaubwürdig zu schärfen und der Frustration der eigenen Kernschichten entgegenzuwirken. 

LUDWIG DVOŘAK

ist gf. Chefredakteur der Zukunft.

It's Bologna, stupid?

FRAGEN ÜBER FRAGEN Das große Jubiläumstreffen aus Anlass des 10. Jahrestages der Unterzeichnung der Erklärung von Bologna war auch für mich Anlass, mir die Frage zu stellen, ob es richtig war, diese Deklaration zu unterschreiben und ob die seither ins Land gegangene Entwicklung Anlass zum Feiern gibt.

Was also sprach 1999 für die Unterzeichnung? Das Konzept, einen gemeinsamen europäischen Hochschulraum mit erleichteter geografischer Durchlässigkeit zu schaffen, war faszinierend – und hat immerhin damals bereits 31 Staaten bewogen, zu unterschreiben. In Österreich waren wir nicht restlos begeistert, weil wir gerade kurz davor Uni-Reformen verabschiedet haben, die weiter zweistufige Studien vorsahen. Aber es gab auch positive Aspekte: Gerade zu dieser Zeit war die Nachfrage nach IT-Spezialisten extrem überhitzt –, die neu entstandenen Mobilfunkunternehmen warben nicht nur Absolventen, sondern auch dutzende Studenten aus den Unis ab, die dann ohne jeden Abschluss waren und vermutlich auch blieben. Für sie etwa schien uns der *bachelor* durchaus ein vernünftiger Zwischenschritt zu sein, eine erste akademische Stufe.

BERUFSABRICHTESTELLEN

Und was sprach bereits 1999 gegen die Umsetzung der einheitlichen dreistufigen Struktur? In zahlreichen Studien war kein wirklich sinnvoller bachelor-Abschluss denkbar (z.B. Medizin). Dem wollte ich dadurch Rechnung tragen, dass die Universitäten selbst entscheiden sollten, für welche Studien sie das dreistufige Studium einführen und für welche sie das zweistufige beibehalten wollen. Das Ministerium sollte die Plausibilität der Uni-Entscheidungen überprüfen und allenfalls korrigieren. Diskutiert wurde auch das Risiko, dass der Bachelor allenfalls zu einer Sollausstiegsstelle für Frauen werden könnte, was es zu vermeiden galt.

Nicht hinreichend thematisiert wurde 1999 allerdings eine andere Schwäche, die bei inhaltvoller Orientierung am angloamerikanischen System vermeidbar gewesen wäre. Der

dort übliche »bachelor of arts« als Abschluss eines ersten eher allgemeinbildenden Studienabschnitts hätte zumindest den Gesichtspunkt der Bildung im Universitätsstudium belassen. Denn die zentrale Schwäche – und der Schaden, den Bologna mit angerichtet hat – ist der Geist, der hinter Bologna steht: die Studien fast ausschließlich am Gesichtspunkt der *employability* zu orientieren, die Universitäten noch weiter zu reinen Berufsabrichtestellen zu entwickeln.

Und was ist seither falsch gelaufen? Das schon zitierte Uni-Studiengesetz in Österreich hat unter anderem das Ziel verfolgt, den Universitäten die Möglichkeit, mehr noch: Anreize zu bieten, sich von einander zu differenzieren. Dieses Ziel, den Universitäten zu ermöglichen, eine spezielle Identität durch unterschiedliche Studienordnungen und Schwerpunktsetzungen zu erlauben war wohl nicht falsch aber ein eindeutig im Widerspruch zum Konzept der erleichterten Durchlässigkeit. Für diesen Fehler bin ich jedenfalls mitverantwortlich. Für den Fehler, die Dreistufigkeit ohne wenn und aber für alle Studien angeordnet zu haben, ist es bereits meine Nachfolgerin gewesen.

Darüber hinaus hat die Dreistufigkeit mitnichten Studien verkürzt, sondern noch weiter verlängert. Die Durchlässigkeit zwischen den Universitäten im Bologna-Raum – nunmehr 46 Staaten – scheitert sehr oft am Hochmut der Universitäten: Was nicht in der eigenen Uni studiert wurde, ist weniger wert. Da hilft auch das ECTS-System der Anrechnung vielfach nicht.

Und das soll nun der Grund für die Unzufriedenheit der Studierenden sein? Ich würde sagen: Das auch. Aber es sind

noch weitere schwerwiegende Gründe: Zentral ist etwa der Fehler gewesen, die Unis auf den Weg einer großen inneren Reform zu schicken (Ausgliederung und Vollrechtsfähigkeit) und gleichzeitig das Budget massiv zu kürzen. Das kann nicht funktionieren und nimmt überdies den Engagierten einen Großteil ihrer Motivation.

MÄNGEL BEHEBEN

Es kommen allerdings noch beträchtliche Alltagsprobleme für die Studierenden dazu: Wenn in den Studienplänen bestimmte Lehrveranstaltungen zum Abschluss eines Studienabschnitts zwingend vorgeschrieben sind, allerdings mehrere von ihnen zeitgleich oder auch leicht zeitverschoben, aber an weit voneinander entfernten Orten angeboten werden, im Extremfall vielleicht auch immer nur im Sommersemester, dann verlieren die Studierenden allein wegen dieser Ignoranz gleich ein oder allenfalls sogar zwei Jahre Studienzeit. Diese Mängel sind durch nichts zu rechtfertigen, zumal im Zeitalter der EDV. Das muss Zorn auslösen – und es muss schleunigst behoben werden.

Bleibt nur noch die Frage, was nun getan werden kann, um die Lage zu verbessern. Auf politischer Ebene: eine ausreichende budgetäre Dotierung der Universitäten – vielleicht an dem Modell der individuellen Studienbeihilfen, wie an dieser Stelle im Heft 12/09 Seite 9 angeregt. Und: Druck auf die Universitäten, ihre Studienpläne zu entlasten und mehr Wahlfreiheit zuzulassen. Im Extrem: die Wiedervereinigung der nun getrennten allgemeinen Universitäten mit den Medizinern. Denn unter anderem ist ja auch der Sinn des Wortes »Universität« verloren gegangen – und mit ihm das europäische Konzept universitärer Bildung.

Die Universitäten selbst müssen ihre Binnenorganisation (s.o.) schleunigst in Ordnung bringen und lernen zu akzeptieren, dass man auch an anderen Universitäten etwas lernt. Denn es geht nicht primär darum, den Ruf der eigenen Alma Mater zu vergolden, sondern den Studierenden jeweils ein gutes Angebot zu machen. Immerhin müssen die Absolventen – unab-

hängig davon, wo sie studiert haben – sich nachher selbst in der Welt zurecht finden. Und auf dem Weg dorthin sollten sie nicht unnötig behindert werden 

CASPAR EINEM
ist Chefredakteur der Zukunft.



**BUNDESPRÄSIDENT
HEINZ FISCHER
ON TOUR**



Die Transferkontodebatte

SCHWERPUNKT Die ÖVP feiert die nunmehr geplante Transparenzdatenbank als Durchsetzung ihrer Transferkontopläne. Christopher Berka analysiert die Hintergründe einer irreführenden Leistungs- und Verteilungsgerechtigkeitsdebatte und eine Kritik an der Studie des Grazer »Joanneum Research«.

Finanzminister Josef Pröll forderte »Leistungsgerechtigkeit vor Verteilungsgerechtigkeit« bei seiner »Projekt-Österreich-Rede«, bei der er außerdem behauptete, dass »Steuerzahlerfamilien oft ein weit niedrigeres Familieneinkommen haben als jene, die gar keine Steuer zahlen, aber Anspruch auf zahlreiche Beihilfen haben«. Gestützt hat er diese Aussagen offenbar auf die Ergebnisse einer »Transferstudie« des Grazer »Joanneum Research«. Diese Studie zeichnet sich durch eine Vielzahl an methodischen Mängeln aus, die in weiterer Folge kurz illustriert werden sollen. Zuvor wollen wir jedoch versuchen den Vorstoß der ÖVP zur Einführung eines Transferkontos in die derzeitige politische und wirtschaftliche Großwetterlage einzubetten.

BUDGETPOLITISCHE HINTERGRÜNDE

Sehen wir zunächst von einer Beurteilung der Qualität der Joanneum-Studie ab. Prinzipiell wäre es zumindest denkbar, dass sie völlig unabhängig von Wirtschafts- und Budgetkrise so stark von der ÖVP in die Öffentlichkeit getragen wurde und wird. Angesichts der vorherrschenden Rahmenbedingungen fällt es freilich schwer, dieser Story Glauben zu schenken. Österreich steht vor einer der größten budgetpolitischen Herausforderungen der letzten Jahrzehnte. Eine Konsolidierung ab 2011–2012 wird unumgänglich sein. Einsparungen in der öffentlichen Verwaltung werden nicht ausreichen – zusätzliche Leistungskürzungen bzw. Steuererhöhungen werden notwendig sein, um den Staatshaushalt zu konsolidieren, alleine um die Vorgaben des Stabilitätspaktes zu erfüllen. Der Weg der Argumentation, der hier mithilfe des Transferkontos eröffnet wird, soll offenbar dazu dienen, die Kürzungen von Sozialausgaben mithilfe einer irreführenden Leistungsgerechtigkeitsdebatte zu legitimieren.

Dabei ist es politisch durchaus legitim – und für eine konservative Partei wie die ÖVP nur konsequent – Kürzungen der Staats- bzw. Sozialausgaben zu verlangen, aber dann sollte dies seitens der BefürworterInnen auch klar und deutlich kommuniziert werden (Transparenz!).

SCHWELLENEFFEKTE BESEITIGEN

Ein »Mehr« an Transparenz ist zwar nicht immer und zu jedem Preis (Datenschutz), aber in vielen Bereichen prinzipiell wünschenswert (Stichwort: Bankenhilfspaket). Allerdings ergibt sich gerade im Bereich der Sozialleistungen kein großer Spielraum für zusätzliche Durchsichtigkeit. All jene Menschen, die Transferleistungen beziehen, müssen ihr Einkommen und das ihrer Familie vor den zuständigen Behörden ohnedies komplett offenlegen. Die Behörden wissen also welche Familien welche Transfers in welcher Höhe bekommen. Die verstreuten Informationen müssten lediglich zusammengeführt werden. Um festzustellen, dass das von der ÖVP eingeführte einkommensunabhängige Kinderbetreuungsgeld Schwelleneffekte produziert, muss nicht eine umfassende Studie in Auftrag gegeben werden. Dieser Umstand war immer bekannt.

Dort wo es möglich und sinnvoll ist, sollten Transparenz erhöht sowie Schwelleneffekte beseitigt werden. Dazu benötigt man aber weder ein Transferkonto noch eine konstruierte Debatte über Leistungs- und Verteilungsgerechtigkeit.

Wenn das Transferkonto kommt, verursacht es Kosten. Die budgetären Mittel, die in die Erstellung eines solchen Kontos fließen würden, könnten gerade in Zeiten bevorstehender, umfassender Budgetkonsolidierung wohl besser eingesetzt werden.

1) Für eine ausführlichere Kritik siehe: <http://blog.sektionacht.at/2010/01/das-transferkonto-und-die-joanneum-research-studie-erganzende-kritik/>

Kritik an der Joanneum Studie im Detail

Die Joanneum Studie ist prinzipiell mit vielen Mängeln, Problemen und Fehlern durchsetzt. Es ist daher unmöglich alle diese Dimensionen im Rahmen eines Artikels abzuarbeiten.¹

Grundsätzlich darf die Studie nicht unabhängig von der Auftraggeberin (Kummer-Institut) betrachtet werden. Wissenschaftlicher Anspruch und (Partei)Unabhängigkeit sind zwar eng miteinander verbunden, doch ist es möglich, auch unter diesen Rahmenbedingungen Ergebnisse so zu präsentieren, dass sie einem grundlegenden wissenschaftlichen Anspruch genügen. Genau diese Anforderung kann die Studie aber nicht erfüllen.

Was definiert eine Verteilungsstudie?

Eine Verteilungsstudie (und nichts anderes kann eine Transferstudie sein) muss notwendigerweise, zumal sie sich auf Beispiele konzentriert, mit empirischen Daten arbeiten. Stattdessen werden jedoch lieber aus der Luft gegriffene Beispiele konstruiert. Dabei spielt es für die AutorInnen keine Rolle, ob diese Konstrukte in der Realität von Relevanz sind. Es wird nicht überprüft, ob auch nur eine einzige Familie in der Steiermark bzw. in Österreich existiert, deren Lebenssituation mit einem dieser theoretischen Konstrukte halbwegs übereinstimmt.

Dramatisierende Sprache statt nüchterner Tatsachenfeststellung

Die Präsentation der Ergebnisse sollte – auch wenn dies oft schwierig erscheint – in einer möglichst wertfreien Sprache erfolgen, schließlich handelt es sich um wissenschaftliche Erkenntnisse. Ausdrücke wie »gerecht« oder »ungerecht« sollten vorsichtig eingesetzt und möglichst vermieden werden. Denn im Gegensatz zu Begriffen wie »egalitär« oder »weniger egalitär« behandeln sie subjektive Eindrücke wie objektive Gegebenheiten. In wissenschaftlichen Studien sind solche Begriffe fehl am Platz. Eine Selbstverständlichkeit? Offenbar nicht für die AutorInnen der Transferstudie, wie dieser kurze Auszug illustrieren soll: »Es handelt sich dabei nicht mehr nur um das

Raunzen von zwei Wohlsituierten, die sich bei einem Sekttempfang darüber beklagen, dass sie mit einem zusätzlichen Aufsichtsratsmandat zur Hälfte für den Fiskus arbeiten. Es wird ein ehrlicher Ruf der Verzweiflung von Familien in der Gründungsphase, wenn es finanziell überall am meisten mangelt, es aber aussichtslos erscheint, sich durch eigene Leistung von der derzeitigen Situation zu verbessern. Gerade in der Lebensphase mit einer naturgegeben hohen Leistungsbereitschaft, wird es jungen Familien verunmöglicht, etwas aufzubauen, stattdessen wird Mehrleistung mit einem Grenzsteuersatz von 100 % bestraft.« (Prettenthaler, 2008)

Hier wird zunächst ein selbst konstruierter Ausnahmefall generalisiert, womit suggeriert wird, dass ein Großteil der Familien sämtliches Einkommen, das über einen bestimmten Betrag hinausgeht zu 100 % wieder abgeben muss, was schlicht und ergreifend falsch ist. Selbst wenn diese Behauptung zutreffend wäre, genügt die Sprache hier wissenschaftlichen Mindeststandards nicht.

Zerstreuung und Verwirrung statt Fokussierung auf die wichtigsten Ergebnisse

Zu guter Letzt ist ein zentraler Anspruch jedweder wissenschaftlichen Arbeit die Reduktion von Komplexität bzw. die Aussonderung von Redundanzen, um die wichtigsten Ergebnisse klar und verständlich für eine möglichst große Zahl an Leserinnen und Leser bereitzustellen. Hier liegt ein weiteres Manko der Studie begraben. Der angesprochene »Schwelleneffekt« (mehr Brutto, weniger Netto) wird nämlich tatsächlich, wenn überhaupt, von zwei Transfers verursacht: Wohnbeihilfe und Kinderbetreuungsgeld. Anstatt dieses Ergebnis aber zu dokumentieren wird nicht nur einfach darüber hinweg gegangen, sondern es werden zusätzliche Transfers in die Analyse einbezogen, die quantitativ praktisch unbedeutend und großteils nur der allgemeinen Zerstreuung und Verwirrung dienlich sind. Das Kinderbetreuungsgeld geht mit einer monatlichen Zahlung von 436 Euro in die Transferbilanz ein. Ein Großteil der anderen Transfers erreicht nur einen kleinen

2) Zu einer ausführlicheren Beschreibung der Annahmen siehe: <http://blog.sektionacht.at/2010/01/das-transferkonto-und-die-joanneum-research-studie-ergaenzende-kritik/>

Bruchteil davon, wird nur in sehr speziellen Fällen und/oder über einen sehr kurzen Zeitraum ausbezahlt.

ZWISCHENRESÜMEE

Dramatisierende Sprache, Generalisierung von empirisch nicht beobachtbaren Ausnahmefällen sowie mangelnde Fokussierung auf die zentralen Ergebnisse, illustrieren klar und deutlich die Seriosität dieser Studie.

Absurde Annahmen

Blenden wir alle oben beschriebenen Probleme aus und widmen uns kurz den Verhaltensannahmen. Diese werden in der Studie implizit getroffen, indem behauptet wird, dass die erwähnten Schwelleneffekte ungünstige Anreizwirkungen entfalten. Mit Ausnahme der Wohnbeihilfe, knüpfen viele, als problematisch beschriebene, Transfers an den ersten zwei bis drei Lebensjahren der Kinder an. Für das Kinderbetreuungsgeld wird dabei grundsätzlich die Variante 30+6 (436 Euro monatlich) gewählt. Warum geht aus dem Text nicht hervor. Der Zuschuss zur Kindergrippe ist ebenfalls beschränkt. Dieser steht, sofern die Einkommensvoraussetzungen erfüllt sind, lediglich bis zum 3. Lebensjahr des Kindes zur Verfügung. Der Kinderzuschuss wird überhaupt bloß im ersten Lebensjahr ausbezahlt. Wir wissen nun aber, dass die Kosten für Kinder mit zunehmendem Lebensalter tendenziell steigen (Schulbildung, Mobilität etc.). Spätestens mit der Vollendung des 3. Lebensjahres fallen die entsprechenden Zuschüsse weg.

Die Studie unterstellt also, dass die Individuen nicht über das 3. Lebensjahr des Kindes hinaus denken. Bemühen wir an dieser Stelle ausnahmsweise ein populärwissenschaftliches Beispiel zur Verdeutlichung. Eine vollzeitbeschäftigte Supermarkt-Kassiererin bezieht Kinderbetreuungsgeld. Mit einem Bruttogehalt von 1.250 Euro liegt sie knapp unter der jährlichen Zuverdienstgrenze von 16.200 Euro. Zum zweiten Geburtstag ihres Kindes bekommt sie einen Job als Filialleiterin mit einem monatlichen Salär von 1.800 Euro Brutto angeboten. Sie würde einen (großen Teil) des zusätzlichen Einkommens ab-

geben, da sie die Zuverdienstgrenze für das Kinderbetreuungsgeld überschreitet. Die Studie suggeriert, dass sie diesen Job nicht annehmen wird. Sie muss mehr arbeiten, das verfügbare Einkommen steigt jedoch nicht oder nur sehr gering (im theoretischen Extremfall könnte es sogar leicht zurückgehen).

Was nun aber passiert am dritten Geburtstag des Kindes? Das Kinderbetreuungsgeld ist weg und sie ist hat noch immer den schlechter bezahlten Job, die Stelle an der Filialleitung hat mittlerweile eine andere Person angenommen. Ihre Chefin ist nicht gerade gut auf sie zu sprechen, weil sie vor einem Jahr von ihr im Stich gelassen wurde. Mit einer Beförderung könnte es auf Zeit womöglich nicht mehr wirklich gut aussehen. Dies ist unangenehm, da gerade in den nächsten Jahren die Kosten für das Kind eher ansteigen werden.

Sobald Familien über einen längeren Zyklus (bis zum 15. bzw. 18. Geburtstag des Kindes/der Kinder) betrachtet werden, spielen die oben beschriebenen Effekte praktisch keinerlei Rolle mehr.

Weitere implizite Annahmen, die aus Platzgründen nicht näher erläutert werden können:²

- Es existiert keine bzw. bloß friktionelle Arbeitslosigkeit (unterstellt wird ein neoklassisches Arbeitsmarktmodell)
- Menschen kennen sämtliche Transfers und nehmen diese auch in Anspruch (dies ist aber ein direkter Widerspruch zur Erkenntnis, dass das Transfersystem unüberschaubar ist)
- Menschen sind indifferent zwischen höherem Markteinkommen und einem »Mehr« an Kindern (d.h. Menschen, insbesondere Frauen, ziehen in Erwägung, laufend Kinder »zu produzieren« anstatt besser bezahlte Jobs anzunehmen)

Zum letzten Punkt sei angemerkt, dass ein Blick in Guger et al. (2009) ausreichend gewesen wäre, um festzustellen, dass

	Familie A (Gruber)	Familie B (Mayer)	Familie C (Schmied)
Prettenthaler 2008	2.817,-	3.217,-	3.256,-
Prettenthaler 2009	2.325,-	2.540,-	3.079,-
Differenz	-492	-677	-177

Abbildung 1: Nettofamilieneinkommen nach Berechnungen Prettenthaler 08 und 09, Q.: Prettenthaler (2008) u. Prettenthaler (2009)

die Anzahl der Kinder mit steigendem Haushaltseinkommen zu- und nicht abnimmt.

DIE SCHLUSSFOLGERUNGEN DER STUDIE

Die Schlussfolgerungen ergeben sich in der Studie von Prettenthaler et al. nicht aus empirischen Untersuchungen (denn diese gibt es nicht) sondern direkt aus den oben beschriebenen Annahmen. Die AutorInnen versuchen in ihrem Resümee folgende Fragen zu beantworten:

Respektiert es [Anm.: das (Transfer)System] die Leistungsanreize der Individuen und erlaubt somit eine ausreichende Produktion von Wohlstand, der umverteilt werden kann?

Hier wird ernsthaft behauptet, dass diese Frage eindeutig mit »Nein« zu beantworten ist, mit der Begründung, dass sich Schwellenphänomene für viele Familientypen ergeben. Dass diese großteils von Kinderbetreuungsgeld und Wohnbeihilfe erzeugt werden, wird genauso verschwiegen, wie die sehr speziellen Annahmen, die hier implizit über die Verhaltensweise der Individuen getroffen wurden.

Gibt es einzelne Gruppen, deren Klage, im System ungerecht behandelt zu werden, durch objektive Fakten belegbar ist?

Hier möchte ich den Schlusssatz der Studie zitieren: »Die dritte Frage [Anm.: obige Frage] ist eindeutig mit Ja zu beantworten.« (Prettenthaler, 2009). Auch hier glauben die AutorInnen offensichtlich eine eindeutige Antwort gefunden zu haben. Es sei an dieser Stelle nochmals in Erinnerung gerufen: Es ist weder bekannt noch wurde überprüft, ob es in der Steiermark (bzw. Österreich) auch nur eine einzige Familie gibt, deren Lebensrealität mit jener von den konstruierten Pseudofamilien halbwegs übereinstimmt. Es wurde in keiner Familie nachgefragt, ob beispielsweise die Mutter schon einmal einen besseren Job ausgeschlagen hat, weil sie dadurch kurzfristig Transfereinbußen beim Kinderbetreuungsgeld hätte hinnehmen müssen.

RECHENFEHLER

Neben der Nicht-Berücksichtigung der Steuerreform 2009, des Alleinverdienerabsetzbetrages sowie der 13. Familienbeihilfe, stechen vor allem die haarsträubenden Unterschiede in den Berechnungen zwischen Kurz- und Langfassung hervor.

Es ergeben sich Differenzen in den Berechnungen für ein und denselben Sachverhalt von über 21%! Eine Klarstellung wie diese eklatanten Unterschiede entstehen können, fehlt in der Langfassung genauso wie eine exakte Dokumentation der Berechnungen. (s. Abb. 1)

Der »Trick« mit dem 13. und 14. Gehalt

Eine wichtige Erkenntnis einer Sozialtransferstudie, wird normalerweise aus dem Verhältnis von Markteinkommen zu Transferleistungen gewonnen. Guger et al. (2009) berechnen beispielsweise den Anteil der Sozialtransfers am verfügbaren Einkommen nach unterschiedlichen Einkommensklassen. Die Joanneum Studie nimmt als Basis Bruttomonatseinkommen, was prinzipiell für externes Publikum anschaulicher sein mag, im speziellen Fall von Österreich aufgrund der begünstigten Besteuerung des 13. und 14. Gehalts aber irreführend ist. Die wichtigsten Transfers (Kinderbetreuungsgeld, Wohnbeihilfe etc.) mit Ausnahme der 13. Familienbeihilfe, die aber in der Studie ohnehin nicht berücksichtigt wird, werden nämlich monatlich ausbezahlt. Das verfügbare monatliche Einkommen muss daher das 13. und 14. Gehalt aliquot beinhalten, um einen sinnvollen Vergleich mit den Transferleistungen anstellen zu können. Außerdem sollte es klar sein, dass durch eine solche Darstellung ein Siebentel des tatsächlichen Jahresgehalts ausgeblendet wird. Dies lässt die Unterschiede in den (vermeintlichen) monatlich verfügbaren Nettoeinkommen inkl. Transfers absolut dementsprechend »kleiner aussehen«, als sie tatsächlich sind (um etwa 14 %).

CONCLUSIO

Zusammenfassend darf wohl behauptet werden, dass die Transferstudie des Grazer »Joanneum Research« samt ihrer Ergeb-

nisse als höchst problematisch zu qualifizieren ist. In diesem Kontext ist Josef Pröll zuzustimmen, wenn er in seiner Rede behauptet: »Deshalb ist für mich nicht nur wichtig, dass die Zahlen stimmen. Der Umgang damit muss verständlich sein.« Wenn nun aber der Finanzminister selbst nicht in der Lage ist mit gutem Beispiel voranzugehen, rückt diese Vision in weite Ferne.

Das Hauptproblem eines Transferkontos, welches noch nicht angesprochen wurde, liegt wohl im Erfassungsgrad. Das »Gratisbildungsangebot« in Österreich fällt in etwa unter staatliche Sachausgaben. Es ist ökonomisch bis heute nicht abschließend geklärt, wie der Wert von Bildung sinnvoll bestimmt werden kann. Es besteht aber über verschiedenste ökonomische Schulen hinweg Konsens, dass Bildung eine treibende Kraft für gesellschaftspolitische Entwicklung, Wachstum und Wohlstand ist. Diese Bildungsausgaben können nun aber vom Transferkonto nicht erfasst werden. Damit bleibt die vielleicht bedeutendste »Transferleistung« des Staates außen vor und das Transferkonto führt sich selbst ad absurdum. 🍏

Quellen:

Guger, A., Agwi, M., Buxbaum, A., Festl, E., Knittler, K., Halmayer, V., Pitlik, H., Sturn, S., Wüger, M., Umverteilung durch den Staat in Österreich, WIFO, Wien, 2009, http://www.wifo.ac.at/wwa/jsp/index.jsp?fid=23923&id=36801&typeid=8&display_mode=2

Prettenthaler, F. und Sterner, C., Anreiztheoretische Untersuchung zur Wechselwirkung von Gemeinde- bzw. Landestransfers und progressivem Steuersystem. Teilbericht zu Modul 3 des Projektes »Aufgabe soziale Gerechtigkeit in der Steiermark«. In: InTeReg Research Report Nr. 86, 2009

Prettenthaler, F. und Sterner, C., Eine Steuerreform, die nicht das gesamtstaatliche Steuer- und Transfersystem Österreichs harmonisiert, verdient diesen Namen nicht. In: Prettenthaler, Franz (Hrsg.), Gesellschaft und Politik: Zeitschrift für soziales und wirtschaftliches Engagement (3/08), Wien/Graz, 15-23, 2008

CHRISTOPHER BERKA

ist Volkswirt und arbeitet und promoviert an der WU Wien.

BUNDESPRÄSIDENT
HEINZ FISCHER
ON TOUR



Die Erben – eine geschützte Minderheit

SCHWERPUNKT Die Erben stellen eine Minderheit in der Gesellschaft dar und reiche Erben sind sogar eine Seltenheit. Die materiellen Interessen dieser vermögenden Gruppe werden aber gehütet, als zählten sie zu einer aussterbende Gattung.

Ich bin sofort für eine Reichensteuer –, aber nur dann, wenn es nur noch Reiche gibt... Gegen den Unsinn einer Reichensteuer in Österreich argumentiert der frühere Finanzminister H. Androsch so: »Bei uns gibt es 4,3 Millionen PKWs, selbst wenn man die tausend Rolls-Royce, Maibachs etc. mit 100% Steuer belasten würde, so würde dies fiskalisch überhaupt nichts bringen.« (siehe <http://www.androsch.com/detail.asp?cid=8>)

Nehmen wir diese bizarre Kraftfahrzeuganalogie ernst und betrachten einige Zahlen: Der Maibach in der Kingsize-Version mit einigen Extras kommt vielleicht auf 400.000 Euro, ein typischer Kleinwagen auf 10.000 Euro. Das Verhältnis von unten zu oben beträgt also 1 zu 40. Besonders Arme haben aber gar kein Auto. Und bei den Ärmeren ist das Auto oft ihre einzige Vermögensposition, während der Maibach beim Vermögenden aus der Porto- bzw. der Firmenkasse finanziert werden kann. Das Verhältnis vom ärmsten 1% der Bevölkerung zum reichsten 1% beträgt beim Geldvermögen in Österreich nicht 1:40, sondern 1:1.600. Die reichsten 5% in Österreich besitzen etwa 40% des Geldvermögens. Umgerechnet sind dies etwa 170 Mrd. Euro. Die reichsten 10% in Österreich besitzen 450 Mrd. Euro an Immobilienvermögen. Bitte, wie kann eine Vermögens- oder Erbschaftssteuer da nichts einbringen?

Zugegeben sei aber, dass Autoanekdoten und visionäre Klagen von Heerscharen Reicher, die aus Hietzing nach Bratislava fliehen, trotz ihrer Absurdität viele überzeugen. Graetz und Shapiro (2004) belegen in »Death by a thousand cuts: the fight over taxing inherited wealth«, welche Bedeutung anschauliche Beispiele zur Diskreditierung einer Vermögensbesteuerung haben: »In politics when you are explaining you're losing«. Trotzdem: Hier zehn Argumente, die eine Debatte zur Wiedereinführung der Erbschaftssteuer in Österreich anstoßen wollen.

MYTHEN UND FAKTEN

Erstens: Über Vermögens- und Erbschaftssteuer scheint in Österreich jenseits jedweder Daten und Fakten geplaudert werden zu dürfen. Man muss interessanterweise nicht wissen, wer überhaupt erbt und wie hoch Erbschaften sind. Es reichen raunende Befürchtungen zur Macht des Kapitals, um eine öffentliche Steuerdebatte erst gar nicht entstehen zu lassen. Vermögenssteuern seien eine Gefahr für den wirtschaftlichen Standort, Kapitalabwanderung drohe, belastet würde ohnedies wieder nur der Mittelstand und überhaupt handle es sich um bereits besteuertes Einkommen. Das ganze Gerede von Gerechtigkeit sei in Wirklichkeit eine Neiddebatte und eine Ungerechtigkeit gegenüber den Leistungsträgern. Die Ungerechtigkeit wenigstens dürfte nicht so massiv sein, weil gleichzeitig behauptet wird, dass eine solche Besteuerung ein zu vernachlässigendes Aufkommen habe (zu diesen Thesen siehe Marterbauer/Schürz 2007).

Meine persönliche Lieblingsmär lautet, der administrative Aufwand für eine allgemeine Vermögenssteuer sei zu hoch. Dieser ideologische Dauerbrenner findet sich jüngst wieder in einer WIFO-Studie zu Steueroptionen nach der Krise. Eine parlamentarische Anfragebeantwortung hat vor einiger Zeit ergeben, in den Gebührenabteilungen der Finanzämter, die neben der Einhebung vieler anderer Verkehrssteuern dereinst auch für jene der Erbschaftssteuer zuständig waren, arbeiteten insgesamt 300 Beamte. Ihre Gehaltskosten betragen etwa zehn Millionen Euro pro Jahr, während die Erbschaftssteuer 150 Millionen Euro einbrachte. Und bezüglich effektiver Möglichkeiten zur Einhebung ist auf öffentlich zugängliches Firmenbuch und Grundbuch zu verweisen. Selbstangabe des Vermögenswertes durch die Steuerpflichtigen, Stichprobenkontrolle durch das Finanzministerium und Sanktionszahlungen bei Betrug weisen einen gangbaren Weg.

DER BEITRAG SELBSTLOSER REICHER

Zweitens: Ein rationaler Diskurs scheint nur dort ansatzweise einzusetzen, wo sich Reiche selbst für eine Vermögens- oder Erbschaftssteuer aussprechen, wo demnach Menschen bereit sind, gegen die monetären Interessen der eigenen Mischpoche zu handeln. In den USA setzen sich Reiche wie William Gates (Vater von Bill Gates), Steven Rockefeller, George Soros und Warren Buffet für eine Erbschaftssteuer ein. Buffett meinte anschaulich, man könne doch nicht ein Leben lang eine Art Sozialhilfe erhalten, nur weil man aus der richtigen Gebärmutter komme.

In der Tradition des Selfmade-Millionärs Andrew Carnegie stehend, der Ende des 19. Jahrhunderts ein Vermögen in der Eisenbahn- und Stahlindustrie machte, betonen diese Reichen, dass Vermögensbesitz sozial verpflichte. Individuell erworbenes Vermögen solle für die Entwicklung der Gemeinschaft eingesetzt werden. Andrew Carnegies Begründung hierfür war zutiefst elitistisch: Reiche seien gleichsam auserwählt und daher seien sie der Mehrzahl der Menschen auch moralisch überlegen. Philanthropisches Engagement zeigt dann neben der monetären auch die ethische Superiorität der Reichen. Carnegie, der als Räuberbaron galt und für seine Arbeiter wenig Empathie gehabt haben dürfte, zielte mit seiner gemeinnützigen Stiftung ins Unendliche. Sein Name sollte post mortem in hellem Licht leuchten und diese Möglichkeit des Weiterlebens im Andenken dürfte einen Reiz gemeinnütziger Stiftungen ausmachen.

Ralph Nader, der als unabhängiger links-liberaler Kandidat bei mehreren US-Präsidentenwahlen antrat, schrieb jüngst eine vielbeachtete Novelle mit dem Titel »Only the Super-Rich can save us«. Die Pointe dieses Romans ist, dass es zur Besserung der Lebenssituation der Armen aufgeklärter Reicher bedarf, weil nur diese die erforderlichen Mittel haben. Dies mag man als resignativ betrachten, aber idealistisch scheint man anzunehmen, dass die Diener der privaten Gewinnaneignung – der französische Philosoph Alain Badiou über die Regierungen – zu Reformen bereit wären. Die zunehmende

Kapitalmobilität durch die Internationalisierung von Finanzmärkten seit den 1980er Jahren hat die politische Machtposition der Vermögensbesitzer gestärkt und ihren Fluchtdrohungen größerer Glaubwürdigkeit verschafft.

Der Vater von Bill Gates war es übrigens auch, der in den USA en passant eine zentrale Behauptung der Nachlasssteuergegner widerlegte. Beteuert worden war, wie in Österreich auch, dass eine Erbschaftssteuer die Unternehmensfortführung erschwere. Vehement vertreten wurde diese Ansicht von der Interessensvertretung der Landwirtschaft, dem *American Farm Bureau*. Als sie gebeten wurden, ein Beispiel für einen landwirtschaftlichen Betrieb zu nennen, der wegen der Nachlasssteuer zusperrten musste, konnten sie keinen einzigen nennen. Für Deutschland und Österreich war die Situation natürlich gleich; wofür hat es hohe Freibeträge gegeben?

EIN WICHTIGES SYMBOL

Drittens: Die internationale Geschichte der Erbschaftsbesteuerung kennt überhaupt nur eine kurze Phase, wo eine massive Umverteilung via Erbschaftsbesteuerung betrieben wurde. Nach der Finanzkrise in den USA in den 1930er Jahren beabsichtigte US-Präsident Roosevelt dynastische Vermögenskonzentration zu verhindern. Ansonsten dümpelt das Aufkommen aus Erbschaftssteuern so zwischen 1% und 2% des gesamten Steueraufkommens dahin. Dies zeigt, dass auch wenn es Erbschaftssteuern in einem Land gibt, diese zumeist zur Ablenkung von Gerechtigkeitsforderungen konstruiert werden.

150 Millionen Euro jährliches Aufkommen in Österreich, einem Land, wo allein die reichsten zwei Dutzend Personen laut »Trend«-Liste im Krisenjahr 2009 auf 69 Mrd. Euro an Vermögen kommen, zeigen was eine »Bagatelsteuer« ist: eine Bagatelle für die Vermögenden. Das heißt, auch wenn über eine Erbschaftssteuer öffentlich gestritten wird, geht es zumeist nur um Symbolik. Bei den Debatten um eine Erbschaftsteuer verständigt sich eine Gesellschaft über ihre Werthaltungen. Entstehen aber nicht einmal mehr diese ornamentalen Kontroversen, dann siegt eine vorgebliche Sachzwanglogik, deren

ideologische Zweigstelle konstatiert, nach der Krise könne einseitig nicht über Vermögenssteuern konsolidiert werden. Dann können Menschen mit Privatstiftungen, un widersprochen von der Politik, behaupten, dass eine Reichtumssteuer nichts bringe.

ERBEN VERFESTIGT UNGLEICHHEIT

Viertens: Die US-amerikanische Gesellschaft hat keine feudale Historie, sondern gründet auf individualistischen Prinzipien. Im US-amerikanischen Diskurs werden Erbschaften daher als problematisch wahrgenommen. Erben macht faul und ist unfair. Erben verfestigt etablierte Ungleichheitsstrukturen von Generation zu Generation. Das Gerechtigkeitsprinzip auf welches sich kritische Erbschaftsdiskurse stützen, ist jenes der Chancengleichheit. Erbschaften kontrastieren dieses Prinzip, weil man nichts für das Glück der reichen Geburt getan hat. Wenn jeder die gleichen Chancen bekommen soll, dann müssen Erbschaften progressiv besteuert werden.

Vermögenskonzentration ist undemokratisch

Fünftens: In Österreich wird bislang nicht hinreichend beachtet, dass eine steigende Vermögenskonzentration den Eliten noch stärkere politische Einflussmöglichkeiten einräumt. Unbesteuerte Erbschaften stellen daher auch ein Problem für die Demokratie dar.

Glaubwürdigkeitsdefizit

Sechstens: Die Armen verkennen den Zusammenhang von Ungleichheit und Erben. Wichtiger scheint aber, dass ohnedies bereits benachteiligte Menschen die Erbschaftssteuer einfach als weitere Benachteiligung erfahren müssen. Es wäre ja eine theoretizistische Verfehlung, einem Armen, der zufällig doch was erbt, nachzuweisen, dass seine Erbschaft unverdientes Vermögen sei. Unverdient waren ja auch seine Arbeitslosigkeit, die fehlenden Bildungschancen und all die gesellschaftlichen Kränkungen. Wieso sollten einem Staat, dessen Repräsentanten stets mit den reichen Eliten turteln, arme Menschen vertrauen, wenn diese nach der Krise plötzlich von Gerechtigkeit salbadern?

Nur wenige sind wirklich betroffen

Siebtens: Die Erbschaftssteuer trifft immer eine sehr kleine Gruppe und nie den Chor der Klagenden. In Deutschland waren es nicht einmal 3.500 Erbschaften, die den steuerlich relevanten Reinerwerb von 500.000 Euro überstiegen und über die Hälfte des Erbschaftssteueraufkommens konzentrierte sich auf diese kleine Gruppe. In den USA zahlten nur die reichsten 2% der Bevölkerung Nachlasssteuer. Der Rest wurde auf Grund der hohen Freibeträge nicht besteuert. Doch die Mehrzahl der US-Amerikaner vermeinte, dass die Nachlasssteuer von allen zu entrichten sei. Es liegt trotzdem nicht nur an mangelnder Information.

Wenn sich die Mehrheit der Bevölkerung gegen eine Besteuerung von Erbschaften ausspricht, obwohl Erbschaftssteuer wegen hoher Freibeträge nur vom reichen Teil der Erben bezahlt werden, dann wäre es naiv zu glauben, dass die Menschen einfach nur nicht verstehen, dass sie von der Erbschaftssteuer nicht betroffen wären. Eher ist zu vermuten, dass sie dies mit der Hoffnung der Hoffnungslosen tun. Zudem sind mit Erbschaften bei armen Menschen Vorstellungen von sozialer Mobilität verbunden. Erbschaften könnten ja wie ein unbesteuertes Lottogewinn funktionieren. Diese Hoffnungen sind zwar unrealistisch, wie jede Studie zur intergenerationalen Bildungstransmission zeigt, aber nichtsdestotrotz wird vom sozialen Aufstieg geträumt. Wenn es sich für die Armen in ihrem Leben nicht ausgeht, dann sollen es wenigstens die Kinder besser haben.

ROLLE DER FAMILIE

Achtens: Die Bedeutung der Familie im Erbschaftssteuerdiskurs darf nicht unterschätzt werden. Erbschaften sind in einer fundamentalen Weise mit Identitäten in der Familie verbunden. Das geerbte bzw. das zu vererbende Eigentum wird in der Wahrnehmung mit Formen familiärerer Solidarität verknüpft. Der Gerechtigkeitstheoretiker David Miller hat gezeigt, dass es drei Gerechtigkeitsprinzipien gibt: Gleichheit, Bedarf und Leistung. In der Familie geht es um Bedürfnisse und nicht um Leistung. Daher hilft die Bezugnahme auf das Prinzip der

LITERATUR:

Jens Beckert (2004) Unverdientes Vermögen Campus Verlag

Graetz, M. I. Shapiro (2005) Death by a thousand cuts: the fight over taxing inherited wealth Princeton University Press 2005

Marterbauer, M. Schürz (2007) Der Streit um die Abschaffung der Erbschaftssteuer in Österreich, in: WISO 30. Jg. (2007), Nr. 2

Chancengleichheit in der Argumentation nur begrenzt. In Deutschland wurde bei der jüngsten Erbschaftssteuerreform die Kernfamilie steuerlich bevorzugt. Es finden eben immer auch gesellschaftliche Auseinandersetzungen über gewünschte familiäre Strukturen statt. Emanzipatorische Anstrengungen dürfen die Auseinandersetzung mit einem rückwärtsgewandten Familienbild nicht scheuen, da es in Wirklichkeit zunehmend andere familiäre Solidaritäten und Patchworkfamilien gibt. Pierre Bourdieu zitiert in seinem Werk »Der Einzige und sein Eigenheim« Veron von 1866: »Erbe! Dies ist ein neuer Begriff in der Geschichte der Arbeiterfamilie. Ja, die Kinder werden das Eigentum des Vaters erben; sie werden selbst einmal Herr dieses hübschen Gartens, Zeuge ihrer Kindheit, und dieses Heims, in dem sie sich des Lächelns ihrer Mutter erinnern werden.« Vererbung von Wohneigentum hat eine Schlüsselstellung im Rahmen familialer Reproduktionsstrategien.

EIN FEUDALISTISCHES RELIKT

Neuntes: Erbschaft steuerfrei zu stellen, ist ein feudalistisches Relikt. Die bürgerliche Gesellschaft schaffte vor langer Zeit einen Teil der feudalen erbrechtlichen Institutionen ab. Ämter konnten nicht mehr vererbt werden und auch die Fideikommissionen, d.h. großer Landbesitz, der von Generation zu Generation vererbt wurde, ohne dass der Erbe das Land verkaufen durfte, wurden abgeschafft. Die französische Revolution von 1789 führte ein gleiches Erbrecht zwischen Söhnen und Töchtern ein. Die Betonung des Gleichheitsprinzips verhinderte aber nicht, dass es hundert Jahre später immer noch einen starken Widerstand des französischen Bürgertums gab. Jens Beckert (2004) betont, dass dies daran gelegen sei, dass das französische Bürgertum bis nach dem Zweiten Weltkrieg normativ stark an den Lebensprinzipien des Adels orientiert war. Beim Vererben von großen Besitztümern geht es auch heute noch um die Sicherstellung von Macht und Herrschaft.

In Agrargesellschaften wurde von Generation zu Generation Land in der Familie vererbt. Mit der Industrialisierung und der Entstehung einer bürgerlichen Gesellschaft wuchs die Mobilität. Berufswachsmöglichkeiten veränderten auch das

Verständnis von Eigentum. Heute zeigen Daten zu Immobilienerbschaften in Österreich, dass die Vermögenssituation der Bauern weit besser ist als jene der Arbeiter. Daher wäre auch der Anteil an der Wertschöpfung dieser beiden sozialen Gruppen zu vergleichen und nicht die zu beackernde Scholle der Landwirte zum Maßstab aller Dinge zu machen.

Zehntens: Über Erbschaftssteuereinnahmen sollte versucht werden, soziale Probleme in einer Gesellschaft zu lösen. Dieses Ziel einer Besteuerung muss expliziert werden. Die Einnahmen aus einer Erbschaftssteuer für weitere Eurofighter zu verwenden, überzeugt vermutlich weniger als eine Zweckwidmung für Bildung und soziale Anliegen.

Zusammenfassend: Eine Erbschaftssteuer ist eine Abgabe, die weder die Arbeit verteuert, wie die Einkommensteuer, noch die Kaufkraft schmälert, wie die Mehrwertsteuer; sie gibt nur jenen etwas weniger, die ohnedies schon viel zu viel haben. Mit Aufklärung über Fakten des Erbgeschehens wird es aber nicht getan sein. Eine bewusste Irreführung der Bevölkerung durch Politiker, konservative Interessenvertretungen und Reiche erschwert die sachliche Auseinandersetzung. Familienwerte und Fragen zur Endlichkeit verkomplizieren die Frage nach der angemessenen Besteuerung von Erbschaften weiter. Denn beim Nachdenken über eine Erbschaftssteuer wird implizit immer Bezug auf die eigene Endlichkeit genommen. Was soll bleiben, ist jene Frage, der man sich stellt, oder die man verdrängt. In beiden Fällen kommt man an einer Debatte zur guten Gesellschaft nicht vorbei (siehe <http://www.social-europe.eu/>).

Vielleicht helfen diese Argumente nichts bei der notwendigen Aufklärungsarbeit zur Wiedereinführung einer Erbschaftssteuer – die Phantasien über Luxuskübeln und Stretchlimos sind stets anschaulicher. Zumindest aber könnte man sich immer noch auf den einfachen Satz konzentrieren: Eine Erbschaftssteuer nimmt das Geld von den Richtigen. 

MARTIN SCHÜRZ ist Ökonom in Wien.



**BUNDESPRÄSIDENT
HEINZ FISCHER
ON TOUR**



»Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.«

WILLY BRANDT In seinem Beitrag weist Egon Bahr eindrucksvoll darauf hin, dass das Vermächtnis von Willy Brandt noch genug Raum für schöpferische Ideen und politisches Handeln gibt.

Die Welt verändert sich in atemberaubendem Tempo. Die Probleme, mit denen sich die Politik beschäftigt, ändern sich erschreckend wenig. Die Durchsetzung einer demokratischen, wirtschaftlichen und sozialen Ordnung ist seit mehr als 40 Jahren umstritten geblieben.

Im Konflikt zwischen Palästina und Israel wird nicht mehr angegriffen, wer heute wie Brandt 1979 die PLO als unentbehrlichen Partner des Friedens bezeichnet; aber dasselbe für die Hamas zu sagen, ist noch nicht selbstverständlich. Die Öffnung der SI über Europa hinaus und zuletzt auch nach Osten hat Brandt in seiner letzten Rede als wichtigstes Ergebnis seiner Präsidentschaft bezeichnet. Aber den Frieden nannte er das übergeordnete Prinzip: »Er ist unverzichtbar, um Freiheit möglich zu machen.«

Andere Punkte wären zu nennen, die alle zu derselben Erklärung für das Phänomen Brandt führen: Die praktische Wirksamkeit seiner Vorschläge endet, wo die Macht fehlt, insbesondere wo Konfrontation der beiden Großmächte herrscht, was immer noch täglich zu erleben ist. Brandt hat gewusst, dass die Macht eines großen Staates nicht gleich bedeutend mit seiner Weisheit ist. Und ihm war klar, dass ein kleines Land es leichter hat, weise zu sein. Wenn er als »Staats-Mann ohne Staat« bezeichnet wurde, schwang die Bewunderung dafür mit, dass Brandt Orientierung gab in vollem Bewusstsein, dass er weder befehlen noch Entscheidendes erzwingen konnte. Selbst als Bundeskanzler musste er Washington und Moskau überzeugen. Diese Erfahrungen seines politischen Lebens hatte er so verinnerlicht, dass Kompromiss durch Dialog zu seiner zweiten Natur geworden war. Und dabei verfolgte er seine

langfristigen Ziele konsequent, hartnäckig und beharrlich über Jahrzehnte – und zäh. Seine Fähigkeiten waren größer als die kleine Bundesrepublik. Das Gleiche lässt sich für Bruno Kreisky sagen.

Die Nord-Süd-Kommission halte ich für Brandts Meisterstück: kurzfristig erfolglos, mittelfristig eindrucksvoll positiv. Von allem Anfang an trafen mehrere Unmöglichkeiten und Unvereinbarkeiten aufeinander: Die notwendige Überzahl der Kommissionsmitglieder aus Entwicklungsländern konnte nicht einmal ihre unterschiedlichen Interessen auf einen Nenner bringen. Das Gleiche galt für die Mitglieder der Industriestaaten. Der Ansatz der Kommission, zur Entspannung der Nord-Süd-Probleme den globalen Ansatz für eine gemeinsame Welt zu sehen, widersprach diametral dem Bewusstsein der realen Welt, die eigene Regierung eingeschlossen.

GESCHEITERT?

Mehr als einmal stand Brandt vor der Frage, sein Scheitern eingestehen zu müssen, zumal die Sowjetunion sich geweigert hatte, einen Vertreter oder auch nur einen Beobachter zu entsenden. Als Brandt das 300-Seiten-Konvolut im Februar 1980 UN-Generalsekretär Kurt Waldheim übergab, bebte die Politik unter dem Eindruck des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan sechs Wochen vorher.

Als einzige unmittelbare Folge des Berichts wurde der Vorschlag einer Gipfelkonferenz von 25 Staats- und Regierungschefs im mexikanischen Badeort Cancún verwirklicht. Bruno Kreisky hatte den entscheidenden Einfluss daran, dass sie zustande kam, um über globale Probleme und also auch globale Lösungen zu diskutieren. Aber Washington, London

und Bonn formulierten ihre Position: Durch Steuerkürzungen sollte die Angebotsseite gestärkt werden. Ausgabenkürzungen, marktwirtschaftliche Deregulierung und Privat-Investitionen wurden auch für die Entwicklungsländer empfohlen. Dieses Rezept klingt sogar 2010 noch aktuell, obwohl es seit 25 Jahren nicht funktioniert und inzwischen durch das Platzen der größten Finanzblase bewiesen wurde, wohin unbegrenzte Freiheit des Geldes führen kann.

Dennoch ist im Rückblick auf die 30 Jahre, seitdem der Bericht der Brandt-Kommission vorgelegt wurde, unbestreitbar, dass die Probleme des Nord-Süd-Themas die internationale Diskussion in einem erstaunlichen Maße bestimmen, sogar in den Industrieländern, sogar bei ihren Regierungen.

Eine weitreichende indirekte Wirkung von globaler Dimension trat ein, als die Palme-Kommission das Thema »Frieden im Atomzeitalter« untersuchte und zum Teil mit Mitgliedern der Brandt-Kommission zu dem damals sensationellen Ergebnis der »Gemeinsamen Sicherheit« kam. Außerdem beteiligte sich Moskau konstruktiv an der Arbeit und schickte den Leiter des Amerika-Kanada-Instituts an der Akademie der Wissenschaften, Juri Arbatow, mit einem früheren Generalleutnant als Experten.

Arbatow berichtete über jede Sitzung seinem Freund Michail Sergejewitsch Gorbatschow, damals im Politbüro für Landwirtschaft zuständig. Nachdem der zum Generalsekretär aufgestiegen war und ich ihn sechs Wochen später traf, stellt ich zu meinem größten Erstaunen fest, dass er sich Inhalt und Denken des Palme-Berichts so zu eigen gemacht hatte, dass die Quelle keine Rolle mehr spielte.

Für Abrüstung und Sicherheit durch neues Denken hatte Gorbatschow ein Programm, das er zielbewusst mit Präsident Reagan verfolgte. Gorbatschow hat das atomare Wettrüsten beendet, die Mittelstreckenraketen in Europa beseitigt und die umfangreichste konventionelle Abrüstung in Europa erreicht.

Das wurde seine historische Leistung im letzten Jahrhundert. Sie wurde auch dadurch nicht geschmälert, dass Glasnost und Perestroika Schlagworte ohne Programm geblieben sind. Und ohne die Ost- und Entspannungspolitik wäre Gorbatschow nicht Nummer 1 im Kreml geworden. Und ohne ihn wäre die deutsche Einheit auch nicht erreicht worden.

Brandt bedeutete einen Glücksfall in unserer Geschichte. Es gab keinen anderen, der an seiner Stelle die Entspannungspolitik hätte führen können. Der erwiesene Antifaschist und Emigrant in Skandinavien, der bewährte Verteidiger des belagerten West-Berlin gegen den Kommunismus, der Tabubrecher, der mit der angeblich nicht existierenden DDR das erste Passierschein-Abkommen schloss, der Partner Breschnews, der im Moskauer Vertrag die erlösende Formel unterschrieb, dass alle Grenzen in Europa nur einvernehmlich verändert werden dürfen, der Friedensnobelpreis-Träger, der mit dem Kniefall in Warschau bewiesen hatte, dass Europa keine Sorgen haben musste, die Bundesrepublik könnte ihr gewachsenes Gewicht missbrauchen.

Viele Lebensstationen haben eine Persönlichkeit geformt, in der seltene Eigenschaften verschmolzen: weitreichende Visionen und eine kluge Einschätzung der begrenzten Möglichkeiten, die souveräne Nutzung des Gewichts eines unsouveränen Mittelmacht, die Definition des eigenen Interesses zu dem schrittweisen Ziel der nationalen wie europäischen Selbstbestimmung. Die Konsequenzen des von ihm eingeleiteten Prozesses konnte er verfolgen, nachdem er vom Amt des Bundeskanzlers zurückgetreten war: 1975 Helsinki mit den gelockerten Menschenrechten in Europa, die Charta 1977 in Prag, drei Jahre später Solidarnosc in Polen, die Friedensmärsche und Bürgerrechtsbewegungen bis die Menschen in der DDR das begrenzte Risiko eingingen und einem geschwächten Regime zuriefen »Wir sind das Volk!«.

Willy Brandt war in Denken und Instinkt in vielen Fragen seiner Zeit voraus. Sechs Jahre nach seinem Tod haben Günter

Grass, Peter Brandt und ich einen Willy Brandt-Kreis gegründet, der Probleme unter den Gesichtspunkt erörtert, was vom Denken Brandts aktuell geblieben ist. Unter anderen gehören der Gruppe Friedrich Schorlemmer an wie die Richterin am Bundesverfassungsgericht, Christine Hohmann-Dennhardt, und Christa Wolf, also Menschen, die sich wie der Namensgeber links von der Mitte empfinden und die Kluft zwischen Macht und Geist etwas schmaler machen wollen.

DEMOKRATIE DURCHSETZEN

Zur Zukunft des Sozialismus hat Brandt formuliert: »Die Idee kann nicht sterben, solange Hunderttausende von Menschen an Hunger sterben.« In der Gesellschaft wollte er (schon seit dem Parteitag 1966) »die Demokratie auch im Wirtschaftlichen und im Sozialen durchsetzen helfen«. Daraus wurde in seiner ersten Regierungserklärung: »Mehr Demokratie wagen!« Bundeskanzlerin Angela Merkel hat dem in ihrer ersten Regierungserklärung das Motto entgegen gesetzt: »Mehr Freiheit wagen!« Inzwischen mussten wir erfahren, dass ungezähmte Freiheit die Profite der Starken in einem Umfang mehrt, dass der Materialismus – nach dem dialektischen nur der kapitalistische – die Frage nach dem Sinn des Lebens und die Würde des Menschen aufwirft.

Gewaltenteilung, also Kontrolle der Regierung durch das Parlament, der unabhängigen Rechtssprechung unterworfen und der Kritik freier Meinungsäußerung ausgesetzt, existiert ohne internationale Parteien und Gewerkschaften nur auf der nationalen Ebene. Obwohl die Nationalstaaten viele Kompetenzen verloren haben, bleiben sie unentbehrlich, um Kontrolle von übernationaler Gier durch übernationale Regeln zu vereinbaren.

Diesen und anderen Problemen hat Brandt einen Wert absolut übergeordnet: »Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.« Unter Krieg leiden Menschenrechte und Freiheit. Wer hungert, kann nicht für Meinungsfreiheit kämpfen. Wasserversorgung und Umweltbewahrung sind nicht durch

Gewalt zu schaffen. Die Erhaltung des Friedens verlangt die äußerste Anstrengung.

Mehr als zu seiner Zeit sind heute alle diese Komplexe internationale enger verflochten. Das gilt sogar für den traurigen Zustand Europas. Das Vermächtnis von Willy Brandt gibt noch genug Raum für schöpferische Ideen und politisches Handeln. 

EGON BAHR

geboren 18. März 1922 in Treffurt an der Werra/Thüringen, ist deutscher sozialdemokratischer Politiker. Er war von 1972 bis 1974 Bundesminister für besondere Aufgaben, von 1974 bis 1976 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und über Jahrzehnte hinweg enger Berater Willy Brandts.

Egon Bahrs Beitrag fußt auf seinem Vortrag, den er im Rahmen der Franz-Vranitzky-Lectures im Bruno Kreisky Forum für internationalen Dialog hielt. Anlass seines Vortrages war die Präsentation der Edition »Willy Brandt - Berliner Ausgabe«, zu der das Bruno Kreisky Forum für internationalen Dialog, die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung und das Renner Institut am 1. März 2010 eingeladen hatten.

BUNDESPRÄSIDENT
HEINZ FISCHER
ON TOUR



Am Ende stand ein Programm?

INTERNATIONAL Oskar Lafontaines Abgang als Parteivorsitzender hat in der deutschen Partei »Die LINKE« seit Jahren schwelende politische Konflikte offen ausbrechen lassen. In der aktuellen Debatte um ein neues Parteiprogramm stehen sich die verschiedenen Flügel unversöhnlich gegenüber. Während die Medien die »Realos im Osten« gegen die »Radikalins-kis im Westen« tatkräftig unterstützen, geht es für die Partei vor allem um eines: Kann sie ihre Heterogenität auch in der Post-Lafontaine-Ära für eine stabile WählerInnenallianz nutzen und ihre Existenz dauerhaft sichern?

Für »Die LINKE« waren die Bundestagswahlen 2009 durchaus eine Zäsur: Mit rund 12% legte sie um mehr als drei Prozentpunkte und eine Million Stimmen zu. Vier Wochen zuvor hatte Oskar Lafontaine als Spitzenkandidat bereits bei der saarländischen Landtagswahl triumphale 21,3% eingefahren. Trotz dieses guten Ergebnisses der LINKEN reichte es für die Bildung einer schwarz-gelben Regierung – die SPD musste mit dem schlechtesten Ergebnis ihrer Geschichte die Regierung Merkel verlassen und wurde durch die erstarkte FDP ersetzt.

Mit dem Abgang der SPD in die Opposition änderte sich aber auch schlagartig die strategische Ausgangslage für »Die LINKE«: Während sie im Osten als Nachfolgepartei der PDS über einen soliden AnhängerInnenkern verfügt, ist ihre Konstituierung im Westen und als gesamtdeutsche Partei erst durch die WählerInnen ermöglicht worden, für die sie »ein Vehikel für Protest gegen die SPD ist«¹. Der Analyse von Gero Neugebauer in ZUKUNFT 06/2008 folgend, hatte »Die LINKE« bislang mit ihrer Positionierung eine WählerInnenallianz geschmiedet, die zu wesentlichen Teilen aus einer »kritischen Bildungselite«, der »bedrohten Arbeitnehmermitte« und dem »abgehängten Prekariat« besteht.

Die gesellschaftliche Grundstimmung der sozialen Verunsicherung und der Ungerechtigkeit, die diese WählerInnenkoalition erst ermöglicht hatte, war aber maßgeblich durch das Handeln der SPD in der Bundesregierung mitverursacht worden. Zumal die SPD in der Opposition nun zaghafte Versuche unternimmt, sich vom desaströsen Erbe der Schröder'schen

Politik – Stichwort Hartz IV und Afghanistan – zu lösen, wirft das zwangsläufig die Frage auf, welche Rolle »Die LINKE« in dieser neuen Gesamtkonstellation einnehmen soll.

KOALITIONEN UM WELCHEN PREIS?

Diese Debatte wird medial, aber auch innerparteilich mit einem starken Fokus auf die Frage geführt, ob und zu welchen Bedingungen »Die LINKE« bereit wäre, 2013 in eine SPD-geführte Bundesregierung einzutreten. Weil sie diese Frage gewissermaßen präjudizieren, hatten Koalitionsverhandlungen auf Länderebene im Herbst schwere innerparteiliche Kontroversen aufgeworfen: Medienberichten zufolge sei Lafontaine verärgert gewesen, weil sich »Die LINKE« in den Koalitionsverhandlungen mit der SPD in Thüringen und in Brandenburg gar zu kompromissbereit gezeigt habe. Umgekehrt, so war zu lesen, grollten die LandespolitikerInnen der regierungsbereiten Ost-Landesverbände, ihr Bundesparteivorsitzender zeige zu wenig Pragmatismus und mache zu sehr auf Frontalopposition.

Dies passt ins Schema eines von der LINKEN gezeichneten medialen Bildes, das Albrecht Müller als »massive Kampagne« bezeichnet²: »Realos Ost gegen Hardliner West«³ heißt das Match, das sich in der deutschen Medienlandschaft größter Beliebtheit erfreut. Durchaus paradox erscheint dabei, welch großer Sympathie sich die VertreterInnen der ostdeutschen Landesverbände in der Berichterstattung erfreuen können. Gehörte es in den Jahren vor dem Entstehen der Linkspartei zum guten Ton, den Umstand hervor zu streichen, dass die PDS die Nachfolgepartei der SED sei und damit historische

- 1) Neugebauer, Die AnhängerInnen der »Linken«, Zukunft 06/2008, 14 –21
- 2) Müller, Die neoliberale Strategie: Aus allen potentiellen Konkurrenten »Realos« machen, <http://www.nachdenkseiten.de/?p=4464>, 18.1.2010
- 3) ZDF 15.1.2010, <http://www.youtube.com/watch?v=FfULhr4sYo>
- 4) Reents, Streiten lernen, Neues Deutschland 8.1.2010, <http://www.neues-deutschland.de/artikel/162594.streiten-lernen.html>
- 5) <http://die-linke.de/programm/programmwurf/>

Mitverantwortung für DDR-Diktatur und Mauerbau trage, scheint nun alles anders: Ehemalige FDJ-Funktionäre wie der Berliner Bundestagsabgeordnete Stefan Liebich werden als Pragmatiker und Zukunftshoffnungen im günstigsten Licht präsentiert und selbst ehemalige STASI-Informanten wie André Brie dürfen durchaus mit positiver Erwähnung rechnen, wenn es gegen die weltfremden »Krawalloppositionellen« im Westen geht. Zu denen werden von vielen Medien absurderweise klassische Sozialdemokraten wie Lafontaine ebenso gezählt wie der gestandene Gewerkschafter Klaus Ernst, der im Westen die »Wahlalternative Soziale Gerechtigkeit« (WASG) gegründet hatte.

Hinter diesen medialen Auseinandersetzungen stehen natürlich nicht nur medial geschürte, sondern auch tatsächlich unterschiedliche Charakteristika der Partei in Ost und West: Während »Die LINKE« im Osten eine »Volkspartei« ist, mit einem stabilen Mitgliederkern, einer starken Verankerung in der Lokalpolitik und einem beachtlichen Stock an erfahrenen FunktionärInnen, muss »Die LINKE« im Westen ohne diese Voraussetzungen zurecht kommen. Hier ist »Die LINKE« als Partei ein oft heterogenes Sammelsurium aus von der SPD enttäuschten GewerkschafterInnen, GlobalisierungskritikerInnen, Friedensbewegten, aber auch aus DKP-Kadern oder trotzkistischen Gruppen. Mangel an Erfahrung in der Gestaltung der »Tagespolitik« auf Landes- oder kommunaler Ebene, wird gelegentlich durch innere Differenzierungsprozesse und selbstbezogene Grundsatzdiskussionen »kompensiert«. Dass es »Die LINKE« inzwischen regelmäßig schafft, auch in westdeutsche Landtage einzuziehen, liegt zweifellos am klaren und fokussierten Profil, das das Polit-Genie Lafontaine seiner Partei gibt.

Der Chefredakteur der Parteizeitung »Neues Deutschland«, Jürgen Reents, spricht aber wohl vielen führenden Ost-FunktionärInnen aus der Seele, wenn er beklagt, »dass sich mancherorts im Westen ein geradezu berstendes Selbstbewusstsein entfaltet, das den nach wie vor unterschiedlichen Realitäten des

parlamentarischen und außerparlamentarischen Einflusses der LINKEN in Ost und West wenig entspricht.«⁴ Mit dem berechtigten Hinweis auf die Strukturschwäche und dem sektiererischen Verhalten mancher West-»LINKER«, wird aber auch ernstzunehmende Kritik am Regierungsverhalten der ehemaligen PDS in Ostdeutschland mit vom Tisch gewischt: Denn in Regierungsverantwortung kürzt »Die LINKE« in manchen Bundesländern Bildungs- und Sozialtats ebenso mit, wie sie privatisiert. Diese in beide Richtungen durchaus inhaltlichen Auseinandersetzungen werden aber bewusst oder unbewusst in eine Auseinandersetzung zwischen Ost und West, zwischen Pragmatikern und Radikalen oder zwischen Regierung-Pro und Regierung-Contra umgedeutet.

STELLVERTRETERKRIEGE

Einen medialen Höhepunkt erreichte der Konflikt zum Jahreswechsel: Nachdem mehrere, dem »Pragmatikerflügel« zugerechnete, mediale Indiskretionen Anlass zu Frontalattacken auf Lafontaine gegeben hatten, verlangten zahlreiche West-Landesverbände und auch Lafontaine selbst die Ablöse des dafür verantwortlich gemachten, als »Pragmatiker« geltenden, Dietmar Bartsch als Bundesgeschäftsführer. Bartsch kündigte seinen Rückzug an, kurz darauf gab auch Lafontaine seinen krankheitsbedingten Verzicht auf eine neuerliche Kandidatur bekannt. In einem innerparteilichen Kraftakt setzten Lafontaine und Gysi den Vorschlag für eine neue, abermals quotierte, Parteiführung durch: Die »Ossi« Gesine Lötzsch und der »Wessi« und WASG-Gründer Klaus Ernst sollen die Partei führen, alle Flügel und Strömungen in die engere Parteiführung eingebunden werden.

EIN NEUES PARTEIPROGRAMM

Mit diesen Vorbelastungen tritt »Die LINKE« nunmehr in die Debatte um ihr Parteiprogramm ein, dessen Entwurf von den scheidenden Vorsitzenden Lafontaine und Bisky am 20. März präsentiert worden ist.⁵ Bislang verfügt die Partei über kein vollständiges Programm, bei der Fusion von PDS und WASG hatte man sich lediglich auf »Programmatische Eckpunkte«

verständigt und die Formulierung eines Programms der weiteren Zukunft vorbehalten.

Nach langem Ringen in der Programmkommission liegt nun ein Vorschlag vor, der nach innerparteilicher Debatte im November beschlossen werden soll. Neben einem Einleitungskapitel über das Selbstverständnis der Partei und einer Analyse der gegenwärtigen Gesellschaftsformation, gliedert sich das Programm in drei Abschnitte: Im Kapitel »Demokratischer Sozialismus im 21. Jahrhundert« spricht sich der Entwurf für gesellschaftliches Eigentum an »strukturbestimmenden Großbetrieben« und für Wirtschaftsdemokratie aus. Unter dem Titel »Linke Reformprojekte« werden im zweiten Kapitel auf breitem Raum Positionen zusammengefasst, die größtenteils bereits aus Wahlkämpfen bekannt sind. Besonders markant stehen die »Verstaatlichung privater Banken« und die »demokratische Kontrolle der Finanzinstitutionen« oder die »Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands« hervor.

Das Abschlusskapitel widmet sich schließlich Strategien der Durchsetzung eines Politikwechsels. Als »strategische Kernaufgabe« wird darin die »Veränderung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse« bezeichnet. Das »Wirken in Regierungen« wird ausdrücklich als Mittel »gesellschaftlicher Gestaltung« gutgeheißen, doch mache das nur Sinn, wenn die »LINKE« dabei glaubwürdig handle: Deshalb werde die LINKE an keiner Regierung beteiligt sein, »die Privatisierungen vornimmt, Sozial- oder Arbeitsplatzabbau betreibt« und auf Bundesebene Kriegseinsätze im Ausland durchführe.

PROGRAMMDEBATTEN

Gerade an diesem letzten Punkt entzündet sich derzeit die heftigste innerparteiliche Kontroverse: Sehr mediengerecht rücken sich die Parteirechten als kompromissbereite »PragmatikerInnen« ins Bild: Die »PragmatikerInnen«-Strömung, das »Forum Demokratischer Sozialismus« (FDS), etwa lehnt »rote Linien« strikt ab.⁶ Das Problem bestehe in den Augen des

ebenfalls als »Pragmatiker« geltenden Bundestagsabgeordneten und Parteivorstandsmitglieds Jan Korte nämlich darin, dass »wenn man diesen Satz eins zu eins nimmt, die Linkspartei in Brandenburg oder Berlin nicht regieren [dürfte].«⁷ Das ist aber weniger Anlass dazu, die Regierungspolitik in diesen Ländern zu überdenken, als eine Programmänderung zu reklamieren.

Das ganze Dilemma der verschiedenen Flügel der Partei »Die LINKE« zeigt sich aber in der Argumentationsstruktur der ausgebrochenen Programmdebatte: Die »Antikapitalistische Linke« (AKL) z.B. ist zunächst vor allem darum bemüht, ihrem Klischeebild einer besserwisserischen, politikunfähigen Sekte zu entsprechen: Sie bemängelt, dass im Programm vermieden werde, »die Eigentumsfrage als die entscheidende Frage in aller Konsequenz zu stellen.«⁸ Zwar stelle sich der Programmentwurf »auf den ersten Blick« doch »weitgehend als sozialistisch dar«, doch erweise sich »bei genauerem Hinsehen«, dass er eigentlich geschärft gehöre, weil er noch immer »sozialdemokratischen Interpretationsspielraum« offen lasse.⁹

Katja Kipping wiederum, die für eine eher postmodernlinke Strömung innerhalb der »LINKEN« steht, bemängelt vor allem »mangelnde diskursive Offenheit gegenüber dem Grundeinkommen« und eine zu starke Orientierung an Erwerbsarbeit.¹⁰

Die Herangehensweise des rechten »Pragmatikerflügels« an die Programmdebatte ist eine andere: Sie nutzen die Gelegenheit dafür, sich medial als die »Vernünftigen« zu profilieren, die den entfesselten »Radikalinskis« in der Programmkommission Grenzen aufzeigen. Sie bedienen sich dabei eines klugen Argumentationsmusters, das einst auch der Rechten in der britischen Labour Party und Schröder in der SPD ermöglicht hatte, hegemonial zu werden: Ihr Kurs der Mäßigung diene in erster Linie dem Ziel, »gesellschaftliche Mehrheiten« zu sichern, sei also die Basis künftiger Wahlerfolge. Darüber könnte man inhaltlich heftig streiten, Tatsache ist aber, dass sie sich damit deutlich von den Argumentationsmustern der linken

6) Gegen den Rest der Welt, Süddeutsche Zeitung, 23.3.2010, <http://www.sueddeutsche.de/politik/558/506726/text/>

7) »Es reicht nicht, bloß Nein zu sagen«, TAZ, 21.3.2010, <http://www.taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/es-reicht-nicht-bloss-nein-zu-sagen/>

8) Abschlusserklärung der Konferenz der Antikapitalistischen Linken, 29.3.2010, <http://www.antikapitalistische-linke.de/article/227.abschlusserklaerung-der-konferenz-der-antikapitalistischen-linken.html>

9) Bemerkungen zum Programmentwurf der Partei Die LINKE, [<http://www.antikapitalistische-linke.de/article/229.bemerkungen-zum-programmentwurf-der-partei-die-linke.html>]

10) Kipping, Programm, Programm..., <http://www.katja-kipping.de/article/242.programm-programm.html>

11) »Man muss DIE LINKE daran erkennen, was sie in keinem Fall machen wird«, Interview mit Oskar Lafontaine, Neues Deutschland, 13.2.2010

Strömungen abheben: Denn während der »linke Flügel« bislang den Eindruck vermittelt, in erster Linie eine Art »Glaubenskrieg« ums Rechthaben zu führen, führt die Parteirechte diesen »Glaubenskrieg« unter dem Vorwand, sich um die, über die Partei hinausreichende, gesellschaftliche Dimension des Programms zu kümmern. So wird die Programmdebatte, unabhängig davon wie sie ausgeht, ein wichtiger Baustein im Kampf um die innerparteiliche Vorherrschaft: Obwohl die Parteirechten diejenigen sind, die sich ständig auf Kosten der Partei profilieren, trägt das Verhalten ihrer »linken« KontrahentInnen dazu bei, sich als die innerparteiliche Kraft positionieren zu können, die sich nicht nur mit sich selbst beschäftigen will.

DAS DILEMMA DER »LINKEN«

»Die LINKE« wird sich als gesamtdeutsche Partei nur dann dauerhaft etablieren können, wenn es ihr gelingt, sich auch im Westen zu verankern. Eine Regierungsbeteiligung ist unter diesem Blickwinkel nur dann sinnvoll, wenn die Partei am Ende nicht von den WählerInnen dafür abgestraft wird – denn das kostet im Osten vielleicht nur ein paar Stimmen, im Westen kostet es die Existenz. Gleichzeitig ist es für »Die LINKE« aber auch existenzgefährdend, aus Prinzip Opposition spielen zu wollen. Wer als WählerIn 2013 Schwarz-Gelb abgelöst sehen will, hat keine Verwendung für eine Partei, die in erster Linie linken KonkurrentInnen ihre historischen Verfehlungen vorwirft.

Genau aus diesem Dilemma wollte Lafontaine einen programmatischen Ausweg finden: Mit einem Bekenntnis zur Regierungsbeteiligung, aber mit einem Alleinunterscheidungsmerkmal für »Die LINKE« unter drei linken Oppositionsparteien: Dass man bei ihr genau wisse, was sie in einer Regierung auf keinen Fall tun werde.¹¹ Das sollte ihre Glaubwürdigkeit erhalten und Garant dafür sein, dass 2013 – mit tatkräftiger Beteiligung der »LINKEN« – nicht nur ein Regierungs- sondern auch ein Politikwechsel vollzogen wird.

Die ersten Schritte der Programmdebatte zeigen aber, dass die Partei noch immer auf eine starke politische Führung angewiesen ist, um die bestehenden Interessens-, Erfahrungs- und Kulturkonflikte zwischen den verschiedenen Parteiflügeln zusammenzuhalten. Ob es dabei auch gelingt, die von Lafontaine gezimmerte WählerInnenallianz aus Ost und West, aus Unter-, Mittel- und Oberschicht zu halten und zu erweitern, bleibt offen. Gelingt es der neuen Parteiführung nicht, die Programmdebatte in konstruktive Bahnen mit klarem Ergebnis zu lenken, so könnte der konstitutive Akt der Programmfindung zum Anfang vom Ende der Partei werden. 🍷

LUDWIG DVOŘAK

ist gf. Chefredakteur der Zukunft.



BUNDESPRÄSIDENT
HEINZ FISCHER
ON TOUR



Sozialdemokratische Politik in Zeiten der Krise

SOZIALDEMOKRATIE In der gegenwärtigen multiplen Krise von Wirtschaft, Gesellschaft und Ökologie sei, so meint Ulrich Brand, die soziale, demokratische und ökologische Gestaltung der Gesellschaft notwendiger denn je. Die Sozialdemokratie müsse offensive Konzepte entwickeln und umsetzen, um für progressive Politik mobilisieren und eine Entwicklung zu einem autoritären Neoliberalismus verhindern zu können.

Die aktuelle multiple Krise von Wirtschaft und Finanzmärkten, der Klimawandel und andere Dimensionen der ökologischen Krise wie etwa der Verlust der biologischen Vielfalt, die Krise der weltweit ausreichenden Verfügbarkeit von Lebensmitteln, aber auch der Lohnarbeit, der gesellschaftlichen Integration und Teilhabe von immer mehr Menschen macht soziale, demokratische und ökologische Politik notwendiger denn je. Das neoliberale Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell, das auf weniger politische Gestaltung und auf Deregulierung setzte, auf Instabilität und Angst, ist an die Wand gefahren. Wenn die aktuelle Krise nicht nur als Wirtschafts- und Finanzkrise verstanden wird, sondern in ihren vielen Facetten, dann wird deutlich, dass die aktuellen Krisenpolitiken zu kurz greifen: Sie sind zuvorderst defensiv, strukturkonservativ (Stichwort: Erhalt der Automobilindustrie) und hoffen auf ein neuerliches Anspringen des Wachstumsmotors. Die Ursachen und vor allem die Verbindungen mit anderen Krisendimensionen werden nicht angegangen. Oder aber, wie im Bereich der Arbeitspolitik, unzureichend.

Angesichts der multiplen Krise halte ich das für eine falsche und kurzsichtige Perspektive. Es geht gegenwärtig um Vorschläge, die in der Krise aus der Krise weisen. Es geht darum soziale, demokratische und ökologische Vorstellungen zu entwickeln, wie Gesellschaft zukünftig gestaltet werden kann. Wenn das nicht geschieht, werden wir einen autoritären Neoliberalismus bekommen, der die Probleme repressiv und im Sinne kleiner Bevölkerungsteile löst. Die schwindenden Legitimitätsreserven werden in gewisser Weise mit stärkeren Formen des Zwangs aufgefüllt. Das wären schlechte Bedin-

gungen für soziale, demokratische und ökologische Politik, die so dringend notwendig ist.

Im Anschluss an diese Diagnose stellt sich die Frage: Kann die Sozialdemokratie zum Bestandteil eines progressiven Gesellschaftsprojektes werden? Und wenn ja, wie?

Daher sollen in diesem Beitrag Anforderungen an soziale und demokratische und sozial-ökologische Politik in einer Zeit formuliert werden, in der offenbar progressive Orientierungen dringend notwendig sind.

LINKE UND RECHTE POLITIK

Im Anschluss an den italienischen Philosophen und Publizisten Norberto Bobbio verstehe ich linke und rechte Politik mit all ihren Schattierungen und parteipolitischen Ausprägungen nicht als etwas Fixes, sondern als historisch veränderliche Verhältnisse im gesellschaftspolitischen Raum. Was also sozialdemokratisch ist, wandelt sich im Zeitverlauf, ist Teil gesellschaftlicher Entwicklungen und innerparteilicher Auseinandersetzungen, die sich wiederum mit Parteienkonkurrenz und Wahlergebnissen verbinden.

Und dennoch gibt es historische Kernbestände gesellschaftspolitischer Orientierungen. Diese sind im sozialdemokratisch aufgespannten Raum eben jene von Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität, dem Anspruch auf politische und soziale Partizipation der Bevölkerung als Voraussetzung individueller Freiheit. Diese Grunddimensionen sind verknüpft mit ökonomischen Entwicklungen, stehen teilweise aber auch in einem Spannungsfeld dazu.

Anfangs werden knapp die Strukturveränderungen in westlichen kapitalistischen Gesellschaften in den letzten Jahrzehnten skizziert. Dabei entwickle ich ein bestimmtes Verständnis von Globalisierung, das sich von vielen sozialdemokratischen Diagnosen unterscheidet. Mein Deutungsvorschlag hat erhebliche politisch-strategische Implikationen. Anschließend gehe ich auf die damit verbundene historische Entwicklung der Sozialdemokratie ein. In Anlehnung an den Parteienforscher Oliver Nachtwey identifiziere ich seit den 1990er Jahren eine Transformation hin zu einer »Markt-Sozialdemokratie«. Im letzten Teil unterbreite ich einige Ansatzpunkte bzw. Perspektiven der Reformulierung sozialer, demokratischer und ökologischer Politik.

GLOBALISIERUNG ALS KLASSENPROJEKT

Die Strukturveränderungen der westlichen Gesellschaften seit den 1970er und 80er Jahren bilden das Ende einer spezifischen Periode kapitalistischer Entwicklung, nämlich die eines »fordistischen« Klassenkompromisses. Dieser basierte auf Massenproduktion, Massenkonsum, einen in die Wirtschaft intervenierenden und sozialpolitisch aktiven Staat und auf einer enorm intensiven Vernutzung natürlicher Ressourcen. Der Kompromiss wurde ermöglicht durch eine starke ArbeiterInnenbewegung, aber auch durch eine real existierende Systemalternative. Und er war sozialstrukturell männlich und weiß dominiert; international basierte er auf einer zunächst kolonialen, dann post-kolonialen Weltordnung.

Diese Konstellation geriet ab der ersten Hälfte der 1970er Jahre, in Österreich etwas später, in die Krise. In deren Zuge kam es zu einer Neuausrichtung des Produktionsmodells in Richtung von Flexibilisierung, einer Restrukturierung der internationalen Arbeitsteilung, der zunehmenden Bedeutung von Dienstleistungsberufen, der Entwicklung der Mikroelektronik und umfassenden technologischen Neuerungen, die heute unser Leben bestimmen. Es kam zu einer Ausdifferenzierung der Lebenslagen, womit das traditionelle sozialdemokratische Milieu einer recht homogenen ArbeiterInnenenschaft

gesellschaftlich kleiner wurde. Wichtig ist mir an dieser Stelle zu betonen, dass das, was wir heute als neoliberale Globalisierung bezeichnen, kein zwangsläufiger, sondern ein umkämpfter Prozess war und ist, in dessen Zentrum die Schwächung der Lohnabhängigen und ihrer Interessenvertretungen stand und steht.

Wie werden diese Umbrüche innerhalb der sozialdemokratischen Debatte gedeutet? Ich mache nur einige Andeutungen, um mein eigenes Argument weiter zu entwickeln.

Der Globalisierungsprozess wird zuvorderst als ökonomischer und bislang ungesteuerter Prozess verstanden. Alfred Pfaller von der deutschen Friedrich-Ebert-Stiftung geht in einer kürzlich publizierten Analyse davon aus, dass die Weltwirtschaft eben so funktioniere wie sie funktioniere. Entsprechend hat er Vorschläge für sozialdemokratische Politiken »sozialer Inklusion unter den aktuellen Bedingungen der Globalisierung und der post-industriellen Wissensgesellschaft« formuliert. Es bedürfe neuer gesellschaftlicher Bündnisse, um den Kapitalismus zu zähmen sowie seine produktiven und kreativen Kräfte in den Dienst menschlicher Entwicklung zu stellen. Die sich globalisierende kapitalistische Ökonomie müsse politisch reguliert werden.

Der Politikwissenschaftler Anton Pelinka formulierte vor ähnlichem Hintergrund in der »Zukunft« im vergangenen Oktober, dass das Problem sozialdemokratischer Politikgestaltung heute die transnationalisierte Ökonomie sei und die SPÖ in der »Falle des Nationalstaates« sitze. Daher sei transnationale Politik nötig. Der Nationalstaat, so schreibt Pelinka, verliere angesichts der Grenzenlosigkeit des Kapitals »seine nach 1945 in Europa gewonnene Rolle als Korrektor, als Gegengewicht zur ökonomischen Dynamik. Nationalstaatliche Politik ist der große Verlierer.«

Ich schlage eine andere Perspektive vor, die politisch-strategisch folgenreich ist. Globalisierung ist kein zuvorderst öko-

nomischer Prozess und bislang nicht gestalteter Sachzwang. Vielmehr handelt es sich um einen tiefgreifenden ökonomischen, aber auch politischen und kulturellen Strukturwandel. Die kapitalistische Globalisierung ist politisch durchgesetzt worden und zwar insbesondere von den – in einigen Fällen sozialdemokratischen – Regierungen der dominanten westlichen Staaten.

Die Staaten waren dementsprechend nach 1945 keine Gegengewichte zum Kapital, sondern eine spezifische und erkämpfte Institutionalisierung von Kompromissen zwischen Kapital und Arbeit. Sie hatten mehr oder weniger sozialstaatliche Elemente, aber sie waren kapitalistische Staaten, die auch damals im Standortwettbewerb die eigenen Unternehmen und damit die dort Beschäftigten förderten. Und eben diese Kompromisse wurden in den letzten Jahrzehnten von oben gekündigt. Neoliberalismus ist im Kern eine Absenkung der Kompromissbereitschaft der Vermögensbesitzer. Globalisierung ist ein Klassenprojekt, das für eine gewisse Zeit einen mehr oder weniger großen Teil der Mittelschichten »mitnahm« und sie nun auch hier einen wachsenden Teil in den sozialen Abstieg zu drängen droht. Dies sehen wir auch in der aktuellen Krise und den dominanten Krisenpolitiken, die ja zuvorderst eben die Interessen der Vermögenden absichern und erst dann der verschuldeten ImmobilienbesitzerInnen oder der Menschen ohne Lohnarbeit.

Dass die globalisierte Ökonomie eine Art selbstlaufender Prozess sei, der nun von der Politik »re-reguliert« werden müsse, gehört aus meiner Sicht zu einem der Globalisierungsmythen. Ausgeblendet wird: Internationale Politik findet ja statt – Stichworte hier sind die EU oder die WTO –, aber in marktradikaler Ausrichtung und als Absicherung der Interessen der Vermögensbesitzer; und weit weniger der Lohnabhängigen und noch weniger zur gemeinsamen Lösung globaler Probleme. Es bildete sich eine Art »nationaler Wettbewerbsstaat« (Joachim Hirsch) heraus sowie eine Internationalisierung des Staates.

Der Staat ist in der aktuellen Krise also nicht »zurück«, wie vielfach behauptet wird. Er war nie weg. Doch er sollte sich eine Zeitlang um bestimmte gesellschaftliche Angelegenheiten kümmern – und um andere nicht. Er sollte nicht so genau hinsehen, was die Folgen der Privatisierung waren; nicht so genau nachfragen, was für Finanzprodukte da entstanden. In der aktuellen Krise ist es aber im Interesse der Vermögensbesitzer, dass er wieder mehr Aufgaben übernimmt; insbesondere die Verluste zu sozialisieren.

Ich unterschätze damit nicht die Macht von Unternehmen und Investoren über konkrete Standorte und die verallgemeinerte Standortkonkurrenz. Und diese muss natürlich durch Politiken auf allen Ebenen eingehegt werden. Es ist aber eine Frage gesellschaftlicher Auseinandersetzungen, auf welcher Ebene Kapitalgruppen und andere mächtige Akteure agieren und wo entsprechend Politik betrieben wird.

Insofern ist die Empfehlung an die Sozialdemokratie zu kurz gegriffen, auf die Ebene der transnationalen Politik zu wechseln und dort eine »globale Balance zwischen Ökonomie und Politik« (Pelinka) herzustellen, weil im Nationalstaat die rechtsextremen Kräfte ohnehin die Oberhand hätten.

Natürlich müssen progressive soziale und politische Kräfte sich internationalisieren und insbesondere europäisieren. In ihrer gegenwärtigen und durch den Lissabon-Vertrag gefestigten Verfasstheit ist es jedoch außerordentlich schwierig, über die EU progressive Politik zu betreiben. Gleichzeitig bleibt der Nationalstaat eine wichtige Ebene, um soziale, demokratische und ökologische Anliegen zu fördern.

SCHWÄCHUNG DES TRADITIONELLEN MILIEUS

Ein anderer Aspekt der jüngsten Strukturveränderungen scheint mir zentral. Auch wenn es immer wieder dementiert oder schlicht ignoriert wird: Soziale Herrschaft konstituiert sich weiterhin ganz wesentlich über die gesellschaftliche Arbeitsteilung. Über eine Arbeitsteilung zwischen Lohnabhän-

gigen einerseits und Kapital- und Vermögensbesitzern andererseits, über geschlechtsspezifisch und ethnisch strukturierte Arbeit, über Formen regionaler und internationaler Arbeitsteilung. Frauen und MigrantInnen werden dabei tendenziell schlechter bezahlt und haben weniger soziale Aufstiegsmöglichkeiten. Historisch war die ArbeiterInnenbewegung und damit auch die Sozialdemokratie dadurch gekennzeichnet, dass sie im und gegen das Lohnverhältnis kämpfte. Also um eine Verbesserung des Lohnarbeitsverhältnisses, aber auch um seine Zurückdrängung oder gar Aufhebung.

Doch im Zeitverlauf wurde die sozial abgesicherte Lohnarbeit für sozialdemokratische und auch gewerkschaftliche Politik immer zentraler im Verhältnis zu anderen Arbeitsformen. So wichtig gut abgesicherte Lohnarbeitsverhältnisse als Bezugspunkt sozialdemokratischer Politik natürlich bleiben, ist ein Punkt bedeutsam: Eine Politik, welche die Lebensbedingungen der Lohnabhängigen verbessern will, kann sich zum Beginn des 21. Jahrhundert nicht mehr am Modell des männlichen Familienernährers und seiner Familie als Hauptklientel orientieren, sondern muss die Interessen von Menschen in flexibilisierten und prekarierten Arbeitsverhältnisse berücksichtigen. Das ist in den letzten Jahrzehnten vielfach analysiert und diskutiert worden und dennoch spielt es politisch kaum eine Rolle, was vermutlich auch mit den internen Kräfteverhältnissen innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie zusammenhängt.

POST-DEMOKRATIE?

Schließlich eine knappe Bemerkung zur Frage der Demokratie: Die genannten Strukturveränderungen gehen einher mit einem »Umkehrschub demokratischer Dynamik«, wie das Eva Kreisky treffend genannt hat. Colin Crouch, ehemaliger Berater des früheren britischen Premierministers Tony Blair, hat die inzwischen prominente These der Post-Demokratie entwickelt. Staatliche und Parteipolitik entwickle sich immer mehr in einem Modus, in dem Sachzwänge vollzogen würden, und weshalb es nicht um gesellschaftspolitische Alternativen gehe.

Wie hat sich in den letzten Jahren die westeuropäische Sozialdemokratie entwickelt? Es kam, bei allen Unterschieden zwischen den Ländern, in den letzten Jahren europaweit zu einer zentralen Umorientierung hin zu einer »Markt-Sozialdemokratie« (Oliver Nachtwey). Sie akzeptierte und förderte den Umbau des Sozialstaates hin zu einer Ökonomisierung und Vermarktlichung der Sozialpolitik, betrieb tendenziell eine Politik für die gesellschaftlich Starken und deutete den Gerechtigkeitsbegriff um hin zu einem von Leistungsgerechtigkeit. Der Politikwissenschaftler Stephan Lessenich spricht in diesem Zusammenhang von einer »Neuerfindung des Sozialen«: Sozial ist nicht mehr, was die oder den Einzelnen in die Lage versetzt, sich ihren/seinen Interessen und Fähigkeiten gemäß zu entwickeln, sozial ist vielmehr, was im Interesse der Allgemeinheit geschieht, wobei »Allgemeinheit« meist ökonomisch als Wirtschaftsstandort o.ä. definiert wird. Die Marktsozialdemokratie betreibt die Politik des Wettbewerbsstaates.

Matthias Machnig und Karsten Rudolph, ersterer ist aktuell der Wirtschafts- und Arbeitsminister Thüringens, letzterer Landtagsabgeordneter in Nordrhein-Westfalen, haben im vergangenen Dezember in einer Analyse der deutschen SPD dargelegt, wie das Projekt der Neuen Mitte gescheitert ist (in Blätter für deutsche und internationale Politik, 12/2009). Die »haltlose Orientierung an der Neuen Mitte« und die Unfähigkeit bzw. der Unwille, gegen den Marktradikalismus zu mobilisieren, führte zu einer Schwächung sozialdemokratischer Parteien und in Deutschland bekanntlich zur Gründung der Linkspartei.

Bei dieser kurzen Diagnose möchte ich es bewenden lassen, um nun Möglichkeiten sozialer, demokratischer und ökologischer Gestaltung zu erörtern.

Was wären also nun im Lichte der historischen Umbrüche, der Umorientierung des sozialdemokratischen Feldes und insbesondere angesichts der multiplen Krise Anforderungen an eine soziale, demokratische und ökologische Politik?

Wir benötigen zunächst und gerade im Lichte der multiplen Krise ein anderes Verständnis von Kapitalismus. Ich möchte nicht von den Einsichten der Kritik der politischen Ökonomie abrücken, der zufolge Warenförmigkeit und Konkurrenzprinzip, Profitorientierung und spezifische Formen der Mehrwertaneignung, die Ausbeutung von Arbeitskraft und Natur sowie entsprechende staatliche Politiken zentral sind für gesellschaftliche Dynamiken – und damit für viele Probleme verantwortlich.

Es ist jedoch immer umkämpft, in welchen Bereichen die kapitalistische Logik wirkt. Wir erleben das in den letzten Jahren am menschlichen Körper selbst, der von einem mächtigen medizinisch-industriellen Komplex den Profitprinzipien unterworfen wird. Und eine wichtige historische Erfahrung der Sozialdemokratie besteht darin, Bereiche aufzubauen oder zu schützen, die eben anders organisiert sind. Die neoliberale Konterrevolution hatte es insbesondere auf diese Sphären abgesehen. Das Öffentliche wurde madig gemacht, das kapitalistisch organisierte Private zur Lösung aller Probleme stilisiert.

Für eine soziale, demokratische und ökologische Perspektive sollte die Einsicht vertieft werden, dass Kapitalismus nicht alles ist. Was wir zum Leben benötigen, und insbesondere für ein gutes Leben, wird nicht alles in der kapitalistischen Ökonomie produziert. Wir werden als Kinder und Alte oder als Kranke gepflegt, wir verrichten im Alltag viele Tätigkeiten und haben viele Beziehungen, die nicht kapitalistisch organisiert sind.

Die Sozialdemokratie ist zwar ein Kind des industriellen Kapitalismus. Doch von dieser engen Bindung muss sie sich emanzipieren. Damit meine ich nicht, dass wir nun in der post-materiellen Wissensgesellschaft angekommen seien und die SPÖ sich noch stärker auf die »modernen« Dienstleistungsschichten konzentrieren sollte. Wir werden eine Industriegesellschaft bleiben, auch wenn immer mehr Produkte in anderen Ländern hergestellt werden.

Wenn die enge Bindung an den industriellen Kapitalismus problematisch geworden ist, dann meine ich damit, dass die Sozialdemokratie und insbesondere die aktuelle Sozialdemokratie immer noch sehr auf den Bereich der formellen Produktion fixiert ist. Als wenn nur dort gesellschaftlicher Wohlstand geschaffen werden würde. Andere Formen gesellschaftlicher Arbeit werden weniger berücksichtigt und damit abgewertet. Wenn diese aber berücksichtigt werden, und zwar nicht in einem konservativen Familienmodell, dann öffnen sich große Ideen- und Handlungsspielräume. Notwendig ist nichts anderes als ein neuer Arbeitsbegriff.

Als jemand, der noch relativ neu in Österreich ist, fällt die geringe gesellschaftliche Definitionsmacht des sozialdemokratischen Feldes auf. Inwieweit das mit fehlender Definitionswilligkeit und entsprechender innerparteilicher Kreativität oder aber mit den Medien zu tun hat, kann ich nicht beurteilen. Ich gehe aber davon aus, dass die grundsätzliche Bereitschaft besteht, gesellschaftlich orientierend und gestaltend zu wirken. In diesem Sinne möchte ich nachfolgend einige Diskussionsanregungen geben.

Ich halte es für ganz essentiell, das sich progressive Politik aus dem Modus der Post-Demokratie vermeintlicher Sachzwänge hinaus begibt.

Der Politikwissenschaftler Roland Atzmüller wies in einer Analyse der SPÖ in der Zeitschrift »Kurswechsel« (3/2009) auf eine meines Erachtens wichtige historische Erfahrung hin. Die SPÖ und die politische Linke insgesamt, so Atzmüller, seien auch deshalb schwach, weil es an demokratischen Mobilisierungen und sozialen Bewegungen fehle. Umgekehrt sei eine gesellschaftliche und politische Linke immer stark, wenn es Räume gebe, um Probleme breit zu diskutieren, Alternativen zu entwickeln und Kräfteverhältnisse zu verschieben. Das ist ja die Erfahrung der historischen Sozialdemokratie. Dieser Bezug ist schwächer geworden und sollte wieder gestärkt werden.

Um demokratische Mobilisierungen zu ermöglichen, bedarf es zunächst eines deutlich breiteren Politikverständnisses. Es dominiert immer noch eine Gleichsetzung von Politik mit Staat und Parteiensystem, die eingebettet sind in eine politische Öffentlichkeit und von der so genannten »Zivilgesellschaft« gelegentlich kritisiert werden.

Mit einem solch engen, auf Staat und Parteien fokussierenden Politikbegriff werden aber viele kreative Dimensionen und Möglichkeiten gesellschaftlicher Mobilisierung schlicht übergangen. Und es wird eine Illusion genährt, dass der Staat für alle zentralen Fragen verantwortlich sei und sie auch effektiv bearbeiten könne. Der von Bruno Kreisky formulierte Anspruch auf eine »Durchflutung der Gesellschaft mit mehr Demokratie« wird mit solch einem engen parteien- und staatszentrierten Politikverständnis unterlaufen. Notwendig ist meines Erachtens daher ein breites Verständnis, um dieses gegen die Entwicklung der Post-Demokratie und der vermeintlichen Sachzwanglogik wieder zu stärken.

MOBILISIERUNGEN

Gewappnet mit einem umfassenden Politikverständnis kann eine zweite Entwicklung ermöglicht werden: Progressive Kräfte im politischen wie im gesellschaftlichen Spektrum müssen Alternativen und klare Richtungsforderungen formulieren. Die müssen in der aktuellen Krise, das sagte ich eingangs, Vorstellungen von Gesellschaftsgestaltung jenseits der Krise haben und sie gegen andere Interessen stark machen. Sozialdemokratische Politik kann meines Erachtens nur verlieren, wenn sie sich auf die Sachzwangpolitik einlässt. Das machen die Konservativen und Wirtschaftsliberalen allemal besser.

Der Wahlkampf und anschließende Wahlsieg von Barack Obama ist ein eindrucksvoller Beleg dessen, wie mobilisierend weit über eine Partei hinaus solche grundlegenden Forderungen sein können (ich übersehe damit nicht seine Probleme bei der Umsetzung). Solche Richtungsforderungen können eine Reorganisation des Finanzsektors und damit seine dramati-

sche Schrumpfung oder eine sozial gerechte Besteuerung von Vermögen betreffen. Solche Forderungen sind aber nur glaubwürdig, wenn sie an die Bearbeitung zentraler Zukunftsfragen gebunden werden.

Richtungsforderungen öffnen Denk- und Handlungsräume, ermöglichen die Verschiebung sozialer Kräfteverhältnisse, die Veränderung von Institutionen und eröffnen die Perspektive auf neue, progressive gesellschaftliche und politische Bündnisse.

Von den studentischen Protesten der letzten Monate können wir lernen, dass es durchaus möglich ist, im gesellschaftlichen Raum über zentrale Probleme ernsthaft und auf hohem Niveau zu diskutieren, unterschiedliche Interessen offen zu legen, Vorschläge zu verhandeln, die Unwilligkeit staatlicher Politik aufzuzeigen.

Die von Studierenden initiierten hochschulpolitischen Auseinandersetzungen zeigen aber auch, dass der Definitionsmacht der rechtsextremen Kräfte um FPÖ und BZÖ durchaus etwas entgegen zu setzen ist, wenn Vorschläge überzeugend vorgetragen werden. Kämpfe um Deutungshoheit sind in der aktuellen Krise gar nicht so schwierig. Sie können aber nicht nur von Parteizentralen und über die Medien geführt werden, wobei die politische Macht der Medien gerade in Österreich nicht zu unterschätzen ist und die Veränderungen hin zu einer Mediendemokratie einer gesonderten Analyse bedürften.

Progressive Politik, die mobilisierend, initiativ und verändernd wirkt, muss sich der Potenziale, aber auch der Probleme bewusst sein. Ich soll abschließend an drei Feldern verdeutlicht werden: an sozial-ökologischer Politik, an Hochschul- und Bildungspolitik sowie abschließend an Arbeitspolitik.

Das Feld der sozial-ökologischen Krise ist sicherlich eines der schwierigsten für sozialdemokratische Politik und zwar fast mehr noch für die gewerkschaftliche als für die parteipoli-

tische Sozialdemokratie. Die derzeit von Finanzminister Pröll forcierte Diskussion um Öko-Steuern wird skeptisch gesehen, da solche Steuern vor allem jene mit geringeren Einkommen belasten würden. Das ist richtig, wenn eine solche Steuer nicht sorgfältig eingeführt und flankiert wird. Es spricht auch einiges für die Vermutung, dass die Ökosteuer aktuell eher der Finanzierung des Budgets dienen soll. Denn die andere Seite der Medaille, die Entlastung der Sozialabgaben, spielt in den ÖVP-Vorschlägen eine weit geringere Rolle.

Und dennoch kommen wir nicht um die Einsicht herum, dass unsere Produktions- und Lebensweise sehr grundlegend umgebaut werden muss. Wenn dies nicht auf sozial polarisierende und autoritäre Art und Weise geschehen soll, benötigen wir ganz dringend eine Diskussion darum, was sozial-ökologische Transformation konkret bedeutet und wie sie gerecht gestaltet werden kann. Das sozialdemokratische Feld in Österreich müsste sich diesem Thema erst einmal öffnen, die vielen vorhandenen Vorschläge rezipieren und in programmatische wie politische Ansätze gießen. Es ist immer wieder überraschend, wie beharrlich sozial-ökologische Fragen ausgeblendet werden. Dabei gibt es eine große Chance: Ökologische Fragen sind soziale Fragen, sind solche von Lebensqualität und damit Zugang zu guten Lebensmitteln und Wohnraum, zu öffentlichem Transport und insgesamt von lebenswerten Städten. Es geht nicht um eine Absenkung von Einkommen und Lebensqualität, sondern um eine attraktive und sozial gerechte Gestaltung von Arbeiten und Freizeit, Mobilität, Wohnen und Ernährung. Es geht nicht um eine Absenkung von Einkommen und Lebensqualität, sondern um eine attraktive und sozial gerechte Gestaltung von Arbeiten und Freizeit, Mobilität, Wohnen und Ernährung. Das impliziert Konflikte mit jenen Kräften und Gruppen, die am jetzigen Modell festhalten wollen.

Nicht nur aus gegebenem Anlass und nicht nur, weil ich in diesem Bereich selbst tätig bin, möchte ich kurz die Hochschul- und Bildungspolitik als wichtiges Feld benennen. Es liegt auf der Hand, dass es sich hier um eines der zentralen Fel-

der der Durchsetzung gesellschaftlicher Teilhabe und Gerechtigkeit geht und dass daher traditionell sozialdemokratische Politik dieses Feld als zentral erachtete. Im Bildungsbereich wird zentral über individuelle wie gesellschaftliche Mündigkeit und Handlungskompetenz als Fundament progressiver Entwicklung oder eben über Konformismus und geringere Handlungsfähigkeit als Grundlage autoritärer Verhältnisse entschieden. Das gilt umso mehr in einem Land wie Österreich mit einem sehr konservativen, d.h. wenig soziale Durchlässigkeit ermöglichenden Bildungssystem.

GESELLSCHAFT DEMOKRATISIEREN

An den Hochschulen hat eine soziale und demokratische Politik mit progressiven Ansätzen ganze Generationen von jungen Menschen in einer entscheidenden Lebensphase zu gewinnen. Hier können die drängenden Probleme benannt und verstanden werden, Lösungsvorschläge sich entwickeln. Die kleinmütige Finanzierungsdiskussion, und unter dem Druck der erzeugten schlechten Studienbedingungen dann die Zugangsdiskussion, steht in keinem Verhältnis zur gesellschaftlichen Bedeutung eines offenen Hochschulzugangs und einer guten Ausfinanzierung. Wenn wir das Diktum von Bruno Kreisky ernst nehmen, dass Gesellschaft in allen Bereichen demokratisiert werden sollte, dann gilt das auch und gerade für den Hochschulbereich. Bildungsfragen sind Richtungsfragen, nicht nur hinsichtlich der Finanzierung, sondern auch im Sinne anderer Lern-Lehrverhältnisse, demokratischer Institutionen, der Lebenschancen vieler Menschen und der Rolle von Hochschulen und Wissenschaft für unsere Gesellschaft. Über den Bildungssektor werden ja weiterhin ganz zentral die hierarchische gesellschaftliche Arbeitsteilung und damit verbunden höchst ungleiche Lebenschance reproduziert, die aufgebrochen werden muss, damit herrschaftliche Verhältnisse progressiv verändert werden können.

Ganz zum Schluss soll eine Initiative benannt werden, in der m.E. viele der angesprochenen Dimensionen zusammengeführt werden können und ein soziales, demokratisches und

ökologisches Projekt sich in konkreten Richtungsforderungen verdichten könnten. Es handelt sich um eine deutliche Verkürzung der Lohnarbeitszeit. Damit verbindet sich die wichtige Frage, ob das mit oder ohne Lohnausgleich geschehen soll, was wiederum Teil der Diskussion und dann natürlich auch von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen sowie ökonomischer Entwicklungen ist. Eine solche Diskussion scheint mir aus folgenden Gründen lohnenswert. Der enorme Druck auf die Lohnarbeitsverhältnisse wie auch auf unbezahlte Arbeit (insbesondere auf die Sorgearbeit) wird als Teil der Krisenbearbeitung eher zunehmen. Die Forderung und eine breite Diskussion von Verkürzung der Lohnarbeitszeit könnte gleich mehrere Krisendimensionen politisieren: Sie wäre ein geeigneter Mechanismus gegen Arbeitslosigkeit und damit des Ausgleichs. Es könnten mit konkreten Vorschlägen Kapital- und Eigentumsmacht hinterfragt werden. Darüber hinaus könnten die herrschenden Formen der Arbeitsteilung zwischen Lohnarbeit und anderer Arbeit, die für die patriarchalen Geschlechterverhältnisse aber auch ethnisierte Dominanzverhältnisse konstitutiv sind, verändert werden. Und schließlich würde eine der Komplexität der Arbeitsverhältnisse angemessene Forderung nach Arbeitszeitverkürzung die ökologisch problematischen Orientierungen an Produktivismus und Konsumismus sowie der Kultur des »Geiz ist geil« aufweichen, also im Feld der sozial-ökologischen Transformation einen wichtigen Beitrag leisten. Schließlich müsste die Rolle des modernen Sozialstaates gründlich überdacht werden.

Die feministische Philosophin Frigga Haug hat vor einigen Jahren eine »Vier-in-einem«-Perspektive vorgeschlagen. Arbeit könnte neu gedacht werden, indem neben vier Stunden täglicher Erwerbsarbeit auch noch vier Stunden Familienarbeit einkalkuliert werden. Dann bleiben vier Stunden für gesellschaftliche Gestaltung und schließlich vier Stunden für die eigene Entwicklung. Das sollte nun nicht als enge Kalkulation missverstanden werden, sondern vor dem Hintergrund unterschiedlicher Lebenslagen und Bedürfnisse als sehr weitreichende und kreative Orientierung, gesellschaftliches

Zusammenleben und Gestaltung ganz anders zu denken. Die Reduktion der Lohnarbeitszeit wäre ein erster und wichtiger Schritt in diese Richtung. Weitreichende Vorschläge und deren mutige wie praktikable Umsetzung – nichts anderes benötigen wir in der multiplen Krise und im Horizont dringend notwendiger sozialer, demokratischer und ökologischer Gestaltung. Ob und wie die Sozialdemokratie Bestandteil progressiver Entwicklungen wird, muss sie in den kommenden Jahren erst zeigen.

Nichts anderes benötigen wir in der multiplen Krise und im Horizont dringend notwendiger sozialer, demokratischer und ökologischer Gestaltung. 

ULRICH BRAND

lehrt seit 2007 Internationale Politik am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien.

www.univie.ac.at/intpol

Es handelt sich bei dem Text um eine geringfügig überarbeitete Version der Franz Vranitzky Lecture im Kreisky-Forum, gehalten am 19. März 2010. Für wichtige Hinweise zu diesem Text danke ich Helmut Kramer, Armin Puller, Karl Ucakar und Markus Wissen. Franz Vranitzky danke ich für die Einladung, die einen Raum für wichtige und interessante Diskussionen öffnete. U. B.



BUNDESPRÄSIDENT
HEINZ FISCHER
ON TOUR

Dr. Heinz Fischer



Alltag auf der Insel

SUE TOWNSEND Die bevorstehenden Unterhauswahlen in Großbritannien nutzt Elisabeth Felbermair, um Aspekte von Politik und Sozialkritik im Werk der britischen Autorin Sue Townsend aufzuzeigen – ein literarischer Schnellsiedekurs zum besseren Verständnis der britischen Politik.

Heimlich verlässt Labour-Premierminister Edward Clare die Downing Street – in den Kleidern seiner Frau. In Begleitung eines Polizisten, dem schwarzen Schaf einer Familie von Kleinkriminellen, und überwacht von zwei Agenten des Secret Service bereist er Großbritannien. Nach Vorwürfen, er habe keine Ahnung vom Leben seiner Landsleute, will er nun deren Sorgen und Nöte kennenlernen.

Seine Reise führt ihn mit der privatisierten Eisenbahn zu Teenagermüttern in desolaten Sozialwohnsiedlungen, geschlossenen Bibliotheken und Kindertagesheimen, überfüllten Notaufnahmen und Crack-Höhlen. Clare, der sich als »Sozialarbeiter für das ganze Land« sieht und am liebsten alle glücklich machen würde, wird hautnah mit den Auswirkungen seiner Politik konfrontiert. Indes wälzen seine Berater Pläne zur Verbesserung des Images von New Labour. »Labour« klingt zu sehr nach mühseliger körperlicher Arbeit und Geburtswehen, und »New« ist sowas von 1997!

Auch durch Clares eigene Familie ziehen sich ideologische Gräben: Teenager Morgan vermisst eine sozialistische Vision und verehrt die Helden der Arbeiterbewegung, womit er laut seiner Mutter alles verrät, wofür sein Vater eintritt: »Möchtest du, dass wir wieder wie in den schlimmen Zeiten von Old Labour leben, als die Gewerkschaften uns alle erpressten und sich der Abfall und die Toten in den Straßen türmten?«. Seine Schwester Estelle hingegen zeigt weniger Interesse für das Unter- als für das Big-Brother-Haus.

Clares Ehefrau Adele wiederum, gefeierte Autorin der Bestseller »Arschlöcher in der Geschichte« und »Wittgenstein

– der Schwachkopf hinter dem Mythos«, verkraftet das unerklärliche Verschwinden ihres Mannes ganz und gar nicht, setzt ihre Tabletten ab und versetzt das Land daraufhin mit aufsehenerregenden Thesen zur Heiligkeit von Hühneraugen in Aufruhr.

Im Jahr 2002 veröffentlichte Sue Townsend »Downing Street No. 10« und hielt damit der Labour-Regierung einen Spiegel vor, auf der fünf Jahre zuvor so große Hoffnungen geruht hatten. Aber nicht nur die Politiker und ihre Berater werden auf die Schaufel genommen, auch ihre Landsleute verschont die scharfsinnige Beobachterin nicht. Dabei beweist sie großes Gespür für aktuelle Entwicklungen, einen Blick für hinreißende Situationskomik und eine Vorliebe für schrullige Charaktere.

TAGEBÜCHER VON THATCHER BIS FINANZKRISE

Sue Townsend (Jahrgang 1946) ist eine der erfolgreichsten Roman- und Bühnenautorinnen Englands. Über die Grenzen hinaus bekannt wurde sie durch ihre Tagebücher des Adrian Mole, die heute als Klassiker der Jugendliteratur gelten. Durch den hintergründigen Witz und die vielen Anspielungen halten die Bände jedoch fast noch mehr Vergnügen für Erwachsene bereit. Erstmals begegnen wir Adrian, dem heranwachsenden Sohn einer Working Class-Familie aus den englischen Midlands Anfang der 1980er Jahre. Er träumt von einer Schriftstellerkarriere und von seiner Schulfreundin Pandora, doch seine Hörspiele und Gedichte werden stets abgelehnt und auch Pandora erhört ihn nicht.

Mit Adrian, seiner dysfunktionalen Familie, seinen Freundinnen und Freunden erleben wir zunächst das Großbritanni-

en der Thatcher-Ära, die Serie setzt kurz vor dem Falklandkrieg ein. In den folgenden Jahren begleiten wir Adrian durch verkorkste Liebesbeziehungen (seine eigenen und die seiner Eltern), frühe Vaterschaft und ein lückenhaftes Berufsleben. Seine Jugendliebe Pandora hingegen bringt es zur Juniorministerin in Tony Blairs Kabinett und Schul-Hooligan Barry Kent steigt mit seinen Gedichten zum Star am Literaturhimmel aus, während Adrian am Höhepunkt seiner eigenen Karriere als Innereien-Koch im Fernsehen auftritt. Adrians Selbstbezogenheit und Naivität stehen in krassem Widerspruch zu seinem Selbstbild als kritischer und sensibler Intellektueller, der überzeugt ist, für Größeres bestimmt zu sein.

Die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen sind durchgehend ein wichtiges Thema und werden wunderbar ironisiert, so etwa durch Adrians aufmunternde Briefe an Tony Blair während des Irak-Kriegs, die feministische Erweckung von Adrians Mutter, oder aber die Schuldenspirale, in die Adrian gerät und ihn zwingt, aus seinem überteuerten Loft wieder zu seinen Eltern in einen umgebauten Schweinestall zu ziehen, seinen letzten bekannten Wohnsitz.

REPUBLIKANISCHE REVOLUTION

1992 hatte Townsend in »Die Queen und ich« ein gewagtes Gedankenexperiment angestellt: Was passiert, wenn im Königreich eine republikanische Partei (durch massenhafte Manipulation der Bevölkerung über versteckte Botschaften im Fernsehen) die Macht übernimmt? Sue Townsends neuer Premier verbannt als erste Amtshandlung die königliche Familie aus dem Buckingham Palace. Fortan sollen die Queen und ihre Verwandten in einer Sozialwohnsiedlung leben, was eine Fülle von neuen Herausforderungen birgt: Wie kommt man bloß an die *Baked Beans* in der Dose heran? Woher bekommt man Münzen, um das Gas in Betrieb zu nehmen? Und wie um Himmels willen sollen die Teppiche aus dem Palast für die viel zu klein dimensionierten Zimmer passend gemacht werden? Ganz zu schweigen davon, dass die Königin und Prinz Philip erstmals ein Schlafzimmer teilen müssen!

Während ihr Vater in einer Depression versinkt und ihre Mutter mit dem Erlernen der alltäglichen Verrichtungen kämpft, blühen Prinz Charles und Prinzessin Anne auf: endlich können sie ein einfaches Leben frei von den Zwängen des Hofes führen. Anne verliebt sich in den örtlichen Teppich-Zuschneider und auch Charles hat ein Auge auf seine bodenständige Nachbarin geworfen. Die Fortsetzung, »Queen Camilla« (2006), ist nur scheinbar die Vision einer düsteren Zukunft: Die Sozialwohnsiedlung der Familie Windsor ist nun eine privat geführte Exclusion Zone, in der Kriminelle, Sozialfälle, AufrührerInnen und Übergewichtige unter tausenden CCTV-Kameras mit elektronischen Fußfesseln leben. Camilla ist aus Liebe zu Charles in die Zone eingezogen, und hat sich, wie auch die übrigen Familienmitglieder, gut eingelebt. So sehr, dass die Queen abdankt, als die Monarchie bei Wahlsieg der neuen Tories wieder eingeführt werden soll. Charles weigert sich ebenfalls, den Thron zu besteigen, solange Camilla nicht Königin werden darf. William, inzwischen als Bauarbeiter tätig, wäre der nächste in der Thronfolge. Und dann taucht plötzlich noch Charles' und Camillas Kind der Liebe auf...

Bekannt als Kritikerin der Monarchie, belässt Sue Townsend ihrer Royal Family dennoch ihre Würde und führt sie nicht vor. Stattdessen begleitet sie ihre Figuren liebevoll, während diese durch die fremde Lebenswelt ihrer Untertanen stolpern und schafft den Spagat zwischen Satire und Sozialkritik.

Seit über dreißig Jahren ist Sue Townsend eine unerbittlich genaue und doch liebevolle Chronistin ihres Landes und dessen Bevölkerung. Ihr waches kritisches Bewusstsein, gepaart mit der unwiderstehlichen Anziehungskraft ihrer Figuren und einem rabenschwarzen Sinn für Humor bereitet größtes Lesevergnügen und bietet unerwartete Einblicke in die Seele der InselbewohnerInnen. 

ELISABETH FELBERMAIR
ist Germanistin und lebt in Wien.





Mythen der Krise

BUCHBESPRECHUNG Wer nach dem Ausbruch der großen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 erwartet hatte, dass der Neoliberalismus als politisches und ökonomisches Modell ausgedient habe, sieht sich zunehmend enttäuscht.

Der Eindruck, nach der Krise werde so weitergemacht wie davor, verfestigt sich und wird sogar noch dadurch verschärft, dass in einem nächsten Schritt die auf die Staatskassen gefallenen Kosten zu zahlen sein werden. In dieser Phase kommt das vom Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM) und von Attac Österreich herausgegeben Buch »Mythen der Krise« gerade richtig. 18 zentrale Mythen über Ursachen, Verlauf und Lösung der Krise werden in sehr übersichtlichen Kurzabschnitten argumentativ aufbereitet und diskutiert.

Die erste große Stärke dieses Taschenbuchs liegt in seinem grundsätzlichen Ansatz. Zu Recht gehen die AutorInnen von einer Verschärfung diskursiver Kämpfe um die Deutungshoheiten dieser Krise aus. Konservative und neoliberale Strömungen der Wirtschaftspolitik sind bemüht, Schuld von sich zu weisen und in die Gegenoffensive zu gehen. Der Umgang mit den Staatsdefiziten Griechenlands und Portugals kann da als aktuelles Paradebeispiel gelten: Sehr erfolgreich gelingt es, Fehlentwicklungen in der europäischen Finanz- und Verteilungspolitik auszublenden und schwere ökonomische Verwerfungen dem Versagen einzelner »schwarzer Schafe« oder der »Mentalität« einzelner Nationen zuzuschreiben. Umso notwendiger scheint es daher gerade jetzt, den Kampf um die Deutungshoheit dieser Krise aufzunehmen.

Das tun die HerausgeberInnen, wie als zweite große Stärke herauszustreichen ist, in einer erfrischend unkomplizierten Art und Weise. Obwohl die meisten der aufgeworfenen Mythen ganze Bücher füllen könnten, gelingt es den AutorInnen, das Wesentliche auf je fünf bis sieben Seiten leicht verständlich aufzubereiten. Dabei wird auf den inhaltlichen Tiefgang keineswegs verzichtet, Quellenangaben am Ende jedes Abschnitts erleichtern interessierten LeserInnen auch, sich themenspezifisch zu vertiefen.

Das Buch besticht aber auch durch die inhaltliche Breite, die hier auf 126 Seiten Platz findet. Von der US-Zinspolitik, über die Einkommensverteilung, dem Geschlechterverhältnis, den Bankenrettungs- und Konjunkturpaketen bis hin zur aktuellen Budgetdiskussion wird alles berücksichtigt, was im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise Erklärungsbedarf und Bedeutung hat. Das Buch eignet sich durch seine Strukturierung gerade auch für cursorische LeserInnen: Es ist keineswegs notwendig, sich mit dem Kapitel über den US-Subprime-Markt auseinandergesetzt zu haben, um der kritischen und scharfsichtigen Analyse des österreichischen Konjunkturpakets folgen zu können.

Es ist also ein rundum gelungenes Buch, das von den in einem Arbeitskreis versammelten AutorInnen vorgelegt wird. Kleinere Lektoratsfehler, die hie und da vorkommen, sind da sicherlich ebenso verkraftbar, wie der Umstand, dass im Dunkeln bleibt, welche AutorInnen für welche Kapitel verantwortlich zeichnen – zumal das Buch nicht nur inhaltlich, sondern auch preislich alle Voraussetzungen für eine große Verbreitung mitbringt: 11,10 Euro ist dieser umfassende Wegweiser durch die Wirtschaftskrise allemal wert.

Das rund um dieses Werk versammelte AutorInnenkollektiv zeigt, dass es weder am Personal noch am Sachverstand für eine ökonomische Alternative mangelt. Das Buch ist vielmehr eine Aufforderung, dafür zu sorgen, dass in der politischen Praxis nicht die falschen Lehren aus dieser Krise gezogen werden. 

Humanismus, Körper & Kunst



Helmut Schmied / Fritz Stern UNSER JAHRHUNDERT

»Fangen Sie an, Fritz« – mit diesem Satz beginnt ein Gespräch unter Freunden. Helmut Schmidt und Fritz Stern kennen einander seit vielen Jahren und haben sich im Sommer 2009 zusammengesetzt, um über Themen miteinander zu reden,

die ihnen am Herzen liegen: Erfahrungen und Lehren aus der Geschichte, das gemeinsam erlebte Jahrhundert, Menschen, die ihnen begegnet sind.

C. H. Beck, 287 Seiten, 22,60 Euro



Susie Orbach BODIES

Schon in den 70er Jahren hat die amerikanische Autorin Susie Orbach vor den Auswirkungen des Schönheitswahns gewarnt. Unser Selbstwertgefühl wird durch unseren Körper geprägt und häufig destabilisiert. Einen entscheidenden Anteil

hat daran die Schönheits-, Pharma- und Diätindustrie, deren Gewinne in dem Maße wachsen, in dem wir unseren Körper als »nicht richtig« wahrnehmen.

Arche Verlag, 205 Seiten, 18,40 Euro



Charles Taylor EIN SÄKULARES ZEITALTER

Was heißt es, dass wir heute in einem säkularen Zeitalter leben? Was ist geschehen zwischen 1500 – als Gott noch seinen festen Platz im gesellschaftlichen Gefüge und im Alltag der Menschen hatte – und heute, da der Glaube an Gott, jedenfalls in der westlichen Welt, nur noch eine Option

unter vielen ist? Taylors These lautet, dass es die Religion selbst war, die das Säkulare hervorgebracht hat.

Suhrkamp Verlag, 1297 Seiten, 70,00 Euro



Manfred Lutz IRRE!

Der Autor führt uns in die außergewöhnliche Welt der rührenden Demenzkranken, hochsensiblen Schizophrenen, erschütternd Depressiven, mitreißend Manischen und dünnhäutigen Süchtigen. Er holt die psychisch Kranken gleichsam aus dem professionellen Ghetto. Seine These lautet:

»Um die Normalen zu verstehen, muss man erst die Verrückten studiert haben.«

Gütersloher Verlagshaus, 208 Seiten, 18,50 Euro



John Gray VON MENSCHEN UND ANDEREN TIEREN

Der Humanismus ist die Ersatzreligion der Moderne, der es sich auf die Fahnen schreibt, alle Menschen zu emanzipieren. Aber wovon und warum eigentlich? Von ihrer Natur, zweibeinige hoch entwickelte Säugetiere zu sein? Diesen Humanismus, im Bann des unendlichen wirtschaftlichen

wie kulturellen Fortschritts verwirft John Gray als gefährliche, lebensbedrohende Ideologie und verabschiedet ihn.

Klett-Cotta, 245 Seiten, 20,50 Euro



Ch. Bonham-Carter / David Hodge DIE KUNST DER GEGENWART

Dieser Band vereint in alphabetischer Reihenfolge die 200 meistausgestellten Künstlerinnen und Künstler der letzten 40 Jahre, darunter Klassiker wie Andy Warhol, Jasper Johns und Gerhard

Richter und Stars der aktuellen Szene wie Peter Doigt und Neo Rauch. Neben einer Kurzbiografie wird die Arbeit der Künstlerinnen und Künstler mit konkreten Werkbeispielen anschaulich und prägnant vorgestellt.

Belser, 256 Seiten, 41,10 Euro

Alle Bücher sind auch in der **Buchhandlung Löwelstraße** (1014 Wien, Löwelstraße 18; buchhandlung@spoe.at) erhältlich.

Paris, Angst & Diebe



Patrick Modiano
PLACE DE L'ÉTOILE

Paris zur Zeit des Nationalsozialismus: In seiner fingierten Autobiografie lässt Raphael Schlemilovitch kaleidoskopartig die Lebensentwürfe der Juden im besetzten Frankreich vorüber ziehen. Patrick Modianos Erstlingswerk ist einer der brillantesten Romane über das von Deutschen besetzte Paris. Modiano gilt als einer der bedeutendsten französischen Schriftsteller der Gegenwart.

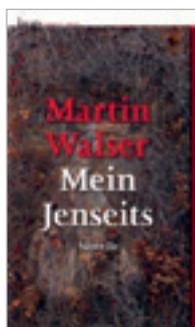
Carl Hanser Verlag, 192 Seiten, 18,40 Euro



Don DeLillo
DER OMEGA-PUNKT

Mitten in der Wüste lebt der dreiundsiebzigjährige Richard Elster in einem einsam gelegenen Haus. Er hat sich jahrelang mit dem Thema Auslöschung in all seinen Varianten beschäftigt, diente der amerikanischen Regierung als geheimer Berater. Ein junger Filmmemacher sucht ihn auf. Er hofft, Elster für eine Dokumentation gewinnen zu können. Als die Tochter Elsters auftaucht, nimmt die Geschichte einen verhängnisvollen Lauf.

Kiepenheuer & Witsch, 110 Seiten, 17,50 Euro



Martin Walser
MEIN JENSEITS

Augustin Finli, Chef des Psychiatrischen Landeskrankenhauses Scherblingen, weiß, was Älterwerden bedeutet. Ab dreiundsechzig hat er mit dem Zählen der Geburtstage aufgehört und sein Lebenscredo gefunden: »Glauben heißt lieben.« Augustin Finlis Jenseits entsteht durch Glaubensleistungen. Und er hat gelernt: »Wir glauben mehr als wir wissen.« Das ist der Kernsatz dieser Lebensgeschichte.

Berlin University Press, 119 Seiten, 20,50 Euro



Will Gatti
DIEBE!

Ein Roman wie die moderne Version von Oliver Twist: In einer Welt des gnadenlosen Überlebenskampfes entdecken zwei mutige Slumdogs ihre ganz eigene Moral. In einer namenlosen Großstadt Südamerikas kämpfen das Mädchen Baz und ihr einziger Freund Demi ums Überleben. Baz und Demi sind die Besten in ihrer Gang, sie sind die Meisterdiebe der Straße: Demi klagt, während Baz ihm den Rücken freihält.

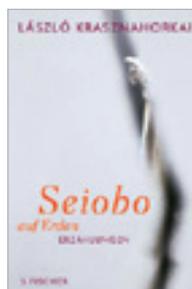
Beltz Verlag, 413 Seiten, 17,50 Euro



Javier Marías
DEIN GESICHT MORGEN

Der letzte Teil der Trilogie »Dein Gesicht morgen« ist eine philosophisch-verspielte Spionagegeschichte. Jaime Deza arbeitet für den britischen Geheimdienst und ist darauf spezialisiert, die Gesichter seiner Mitmenschen zu dechiffrieren, um daraus ihr Handeln vorherzusagen. Und er muss entdecken, dass uns Gewalt und Verrat, selbst an den Nächsten, eingeträufelt sind wie Gift.

Klett-Cotta, 730 Seiten, 30,80 Euro



László Krasznahorkai
SEIOBO WEILTE AUF ERDEN

Seiobo ist eine japanische Göttin, deren Pfirsiche nur alle 3000 Jahre blühen, aber Unsterblichkeit schenken. Der Glaube an solche Geschichten ist uns längst abhanden gekommen, nicht aber ihre Sehnsucht. Ihr geht László Krasznahorkai nach. Er beobachtet, wie es in jeder Epoche und in allen Kulturen vollkommene Dinge gab und gibt: der im Fluss reglos stehende Reiher, die Grimasse einer No-Maske, ...

S. Fischer Verlag, 461 Seiten, 23,60 Euro

Nach der Krise: Eine neue Industriepolitik

Die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise hat in Österreich die Exportindustrie schwer gebeutelt: Zwischen dem I. Quartal 2008 und dem II. Quartal 2009 ist der Warenexport um 24% eingebrochen, die Industrieproduktion um 16%. Die exportorientierte Industrie ist für die österreichische Wirtschaft von herausragender Bedeutung: Fast die gesamte Industrieproduktion wird direkt oder indirekt exportiert, die Ausfuhr von Gütern machte vor der Krise 44% der gesamten Wirtschaftsleistung Österreichs aus.

Im Zuge der Rezession ist nicht nur die Kapazitätsauslastung der Industrie eingebrochen, sondern auch die Zahl der Jobs: Die Industriebeschäftigung lag zuletzt um 75.000 (-12%) unter dem Höchstwert von Mitte 2008, obwohl zum Höhepunkt der Krise mehr als 60.000 ArbeitnehmerInnen (10% der Beschäftigten) in Kurzarbeit waren. Das ist dramatisch, denn Industriearbeitsplätze sind besonders wertvoll: Es handelt sich in der Regel um Vollzeitarbeitsplätze mit relativ hohem Einkommen und hohem technologischem Niveau, zudem ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad hoch.

Zwar hat sich die Industriekonjunktur seit Mitte 2009 gefestigt, doch weitere Rückschläge sind möglich, sei es durch einen Einbruch der Automobilproduktion in Deutschland, durch Rückschläge bei wichtigen Handelspartnern im Osten oder durch einen neuerlichen Ausbruch der Finanzkrise. Was kann getan werden, um Arbeitsplätze und Produktion in der Industrie auch in Zukunft zu sichern?

Kurzfristig hilft vor allem Arbeitszeitverkürzung. Die Erfahrungen Deutschlands bestätigen dies. In der internationalen Rezession nahmen in Deutschland 2,5 Millionen ArbeitnehmerInnen an Kurzarbeitsprogrammen teil, fast ein Drittel der Industriebeschäftigten. Zudem wurden in größerem Ausmaß Überschüsse auf Zeitkonten abgebaut und die kollektivvertraglich geregelte Arbeitszeit im Abtausch mit Beschäftigungs-

garantien verringert. Deutschland hat in der Krise nur etwa 250.000 Industriebeschäftigte verloren (-2%). Ein Jammer, dass derzeit in vielen österreichischen Betrieben die Kurzarbeitsprogramme auslaufen, ohne dass sie von genereller Verkürzung der Arbeitszeit abgelöst werden.

Langfristig bestimmt die Wettbewerbsfähigkeit der Produkte die Qualität des Industriestandorts. Von Seiten der Löhne ist sie nicht in Gefahr, die Lohnstückkosten sind nicht hoch und gehen gegenüber den Handelspartnern laufend zurück. Den entscheidenden Ansatzpunkt bildet die Produktivität.

Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit verbessern sich, wenn die Unternehmen sich um Innovation kümmern. Der Staat kann das anregen, indem er die Grundlagenforschung besser fördert. Höhere steuerliche Förderung für Forschungsausgaben der Unternehmen sollte man dann gewähren, wenn die Kosten etwa durch eine Anhebung des Satzes der Körperschaftsteuer gegenfinanziert werden.

Die größte Gefahrenquelle für die Wettbewerbsfähigkeit liegt mittelfristig in mangelhafter Ausbildung der Facharbeitskräfte der Industrie. Die Facharbeitskräfte der Zukunft sind die Kinder aus den Arbeiterschichten von heute, also die Kinder mit Migrationshintergrund. Die Politik tut viel zu wenig, um diese Kinder in das Bildungssystem zu integrieren. Höhere Investitionen in die Grundausbildung vom Kindergarten bis zur Pflichtschule zugunsten von Kindern mit Migrationshintergrund wären die erfolgreichste Industriepolitik. 

MARKUS MARTERBAUER
arbeitet als Wirtschaftsforscher in Wien.



ZUKUNFT ABONNEMENT

**Kupon ausschneiden
& einsenden an:**
Verlag der SPÖ GmbH
Löwelstraße 18
1014 Wien

Ich bestelle ein ZUKUNFT-Schnupperabo (3 Hefte) um 8,- Euro
 ein ZUKUNFT-Jahresabo (11 Hefte) um 44,- Euro

Name: _____

Straße: _____

Ort/PLZ: _____

Tel.: _____

E-Mail: _____

Unterschrift: _____

